

# 100 Jahre Berliner Dauerwaldvertrag (vom 27. März 1915)



Dr. Angela von Lührte  
BUND Berlin, 10.3.2015

## **Hintergrundinformationen zum Berliner Dauerwaldvertrag vom 27. März 1915**

Zusammengestellt von Dr. Angela von Lührte für den BUND Berlin

Berlin, den 10.3.2015

# 100 Jahre Berliner Dauerwaldvertrag

## 1. Einleitung

Vor 100 Jahren, am 27.3.1915, wurde nach langen Verhandlungen der „Berliner Dauerwaldvertrag“ zwischen der Stadt Berlin (damals in Form des Zweckverbandes Groß-Berlin) und dem Preußischen Forstfiskus unterzeichnet, der daraufhin am 1.4.1915 in Kraft trat. Dieser Vertrag regelte den Verkauf von über 10.000 ha Wald aus dem Besitz des Preußischen Staates an den Zweckverband Groß-Berlin. Der Kaufpreis betrug 50 Mio. Goldmark. In dem Vertrag verpflichtete sich der Zweckverband, diese Waldflächen nicht zu bebauen, sondern sie für die Naherholung und Trinkwasserversorgung der Berliner auf Dauer zu erhalten.

Dies war dringend notwendig, denn zwischen 1870 und 1900 hatte sich die Bevölkerungszahl der Stadt von etwa 800.000 auf 1,8 Millionen Einwohner mehr als verdoppelt. Doch es gab kaum Erholungs- und Freizeitflächen für diese wachsende Anzahl Menschen. Während ein Großteil der Bevölkerung in engen Mietskasernen mit mehreren Hinterhöfen wohnte, zogen die reicheren Leute in die neu entstehenden Villenkolonien in der Umgebung der Stadt, die von großen sogenannten Terraingesellschaften in landschaftlich schöner Lage und mit entsprechendem Verkehrsanschluss geplant und gebaut wurden.

Der Preußische Staat, dem ein Großteil der Wälder in der Umgebung der Stadt gehörte, verkaufte zunehmend Waldflächen als Bauland. Nachdem Pläne des Forstfiskus bekannt wurden, ca. 1/3 des Grunewalds inkl. der Havelufer und des Pichelswerders für die Bebauung zu parzellieren, regte sich starker Widerstand. Es gab zahlreiche parlamentarische Anträge zur Unterschutzstellung des Waldes, Unterschriftensammlungen und auf den Berliner Waldschutztagen 1908 und 1909 wurde von mehr als 30 Organisationen der Walderhalt zur Pflicht für die Groß-Berliner Gemeinden erklärt. Auch im Wettbewerbsentwurf zum Generalbebauungsplan Groß-Berlin von 1910 war ein Wald- und Wiesengürtel vorgesehen.

Erst dem 1912 gegründeten Zweckverband gelang es schließlich mit dem Dauerwaldvertrag, große Waldflächen in der Umgebung der Stadt vor der Bodenspekulation und Bebauung zu retten. So besaß Berlin 1920 bei Bildung der Einheitsgemeinde 21.000 ha Waldflächen. Heute sind es 29.000 ha Wald in Berlin und Brandenburg, die den Berliner Forsten unterstehen. Berlin besitzt somit die größte Stadtwaldfläche Deutschlands. Die Waldbewirtschaftung ist seit 2001 nach FSC und Naturland zertifiziert. Viele Waldflächen sind zugleich als Naturschutzflächen ausgewiesen, auch zahlreiche Wasserwerke liegen in den Berliner Forsten. So sind die Waldflächen nicht nur wichtige Erholungsgebiete, sondern haben natürlich auch wichtige Funktionen für den Klimaschutz.

Doch über den eigentlichen Erhalt des Waldes hinaus hat dieser Dauerwaldvertrag gerade auch in der heutigen Zeit eine Vorbildfunktion. Er war letztlich das Ergebnis einer breiten Bewegung unterschiedlichster sozial und politisch engagierter Bürger/Innen und Organisationen, die den Ausverkauf der Grün- und Waldflächen stoppen wollten.

Es ergeben sich starke Parallelen zur aktuellen Berliner Situation:

- Ein starkes Bevölkerungswachstum durch Zuzug
- Steigende Mieten
- Inanspruchnahme von Grünflächen für die weitere Zersiedlung v.a. durch Luxuswohnen
- Stadt/Politik gibt Stadt- und Freiflächenplanung in die Hände von Investoren
- Neue Bürgerbewegung für Mitbestimmung bei der Stadtplanung
- Gefordert werden muss heute wie damals eine neue, langfristig erhaltende Liegenschaftspolitik für die Natur- und Freiflächen der Stadt unter Beteiligung Öffentlichkeit.

## 2. Wie kam es zum Dauerwaldvertrag? – Eine kleine Chronologie

### 2.1. Berlin wächst - Villenkolonien und Bodenspekulation

Zwischen 1871 und 1910 vervielfachte sich die Einwohnerzahl des Berliner Stadtkerns von ca. 823.000 auf 2,07 Mio. Berlin wurde zur Weltstadt und zugleich zu einer der größten Industriegebiete Deutschlands<sup>1</sup>.

Um 1910 lebten bereits fast 3,7 Millionen Menschen auf der Fläche Berlins und seiner fast 90 Vororte/Nachbarstädte, die erst 1920 zu Groß-Berlin vereint wurden. Damit verbunden war eine steigende Wohnungsnot, die zugleich Bodenspekulation in großem Maßstab ermöglichte. Die eigentliche Stadt Berlin war um 1900 noch immer in den Grenzen von 1860 festgelegt, während heutige Stadtteile wie Charlottenburg, Wilmersdorf oder Schöneberg damals eigenständige größere Nachbarstädte in unmittelbarer Umgebung waren. So war eine übergreifende Flächen- und Verkehrspolitik erschwert und in der Konkurrenz um zahlungskräftige Neubewohner auch nicht erwünscht.

Während auf der einen Seite in Berlin und seinen Nachbarstädten für die Arbeiter und die Mittelschicht bis zu 5-stöckige Mietshäuser mit mehreren Hinterhäusern errichtet wurden, zog es das Bürgertum immer mehr in die seen- und waldreiche Umgebung Berlins, wo landschaftlich schön gelegene Villenkolonien gebaut wurden. So stand in der Stadt die extreme Ausnutzung der Flächen der großzügigen und luftigen Villenbebauung in der Umgebung gegenüber.

Als eine der ersten Villenkolonien in Waldnähe entstand zwischen **1866** und 1900 direkt am Rande des Königlichen Forstes Grunewald an der Spandauer Chaussee die Kolonie Westend. Gegründet durch die "Kommandit-Gesellschaft auf Aktien" wurde hier nach englischem Vorbild ein schachbrettartig angelegtes Wohngebiet mit Alleen begründet. Erschlossen wurde die 1878 nach Charlottenburg eingemeindete Villenkolonie durch den 1880 gebauten Bahnhof Westend.<sup>2</sup> Daneben wurden zu dieser Zeit auch das ehemalige Rittergut Lichterfelde durch den Unternehmer Carstenn erworben und parzelliert.<sup>3</sup> Direkt am Wannseeufer entstand ab 1863 die exklusive Villenkolonie Alsen, entworfen vom Berliner Gartenbaudirektor Gustav Meyer im Auftrag von Wilhelm Conrad, dem Direktor der Berliner Handels AG. Er baute auch 1874 die Wannseebahn zwischen Wannsee und Zehlendorf, die nicht nur die Ausflügler an die Seen brachte, sondern auch die Bebauung entlang dieser Strecke beschleunigte.

Ein entscheidender Einschnitt in das Waldgebiet des Grunewalds entstand **1882** im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kurfürstendamms und der Gründung der „Kurfürstendamm-Gesellschaft“. Der Ausbau des Kurfürstendamms zu einem repräsentativen Boulevard wurde von Fürst Bismarck intensiv gefördert, so dass der Baumschulenbesitzer Booth aus Hamburg 1882 einen Vertrag mit der preußischen Domänen- und Forstverwaltung über die Herstellung der Straße abschließen konnte. Im Gegenzug für die Übernahme der Ausbaukosten erhielt er dafür die Möglichkeit, 294 ha Grunewald zur Pacht zu übernehmen oder für 12.000 Mark pro Hektar zu kaufen. Neben 236 ha Wald erwarb Booth dann auch noch 15,5 ha Ackerland in der Umgebung des Kurfürstendamms von Wilmersdorfer Bauern.

**1886** wurde der nahezu fertig ausgebaute Kurfürstendamm-„Boulevard“ mit der ersten Fahrt der Dampfstraßenbahn vom Bahnhof Zoo bis in den Grunewald eingeweiht.

Nach dem **1889** erfolgten Geländekauf begann die nun von der Berliner Handelsgesellschaft und der Deutschen Bank übernommene Terraingesellschaft mit dem Verkauf der Grundstücke sowohl in der sogenannten „Villenkolonie Grunewald“ als auch direkt am Kurfürstendamm. Bereits 1887 waren dafür das Wildgatter des Grunewaldes versetzt und Bäume für

---

<sup>1</sup> Bernhardt 1998, S. 16

<sup>2</sup> <http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/sonstiges/ortsteile/artikel.190041.php>

<sup>3</sup> Escher 1985

die Anlage der Straßen gefällt worden.<sup>4</sup> Zur Aufwertung des Grunewald-Baugeländes wurden aus ehemals sumpfigen Rinnen künstliche Seen geschaffen, deren Ufer befestigt und mit typischer Ufervegetation bepflanzt wurden. Hiermit wurden botanisch und geologisch interessante Gebiete des Grunewaldes völlig verändert. Während der Ankaufpreis pro m<sup>2</sup> 1,2 Goldmark betrug, wurden die Bauflächen jetzt für 3,1 Goldmark/m<sup>2</sup> verkauft.<sup>5</sup>

Zusammen mit den natürlichen Seen Halensee und Hundekehlesee konnten nun am Diana-see, Königssee, Herthasee und Hubertussee attraktive Seegrundstücke in idyllischer Lage vermarktet werden. Es war daher auch nicht vorgesehen, die Seen öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erdarbeiten wurden dabei größtenteils von polnischen Arbeitern durchgeführt, die unter teils abenteuerlichen Bedingungen im Grunewald lebten.

**1899** erhielt die Villenkolonie Grunewald, in der viele Reiche und berühmte Berliner Künstler wohnten, den Status einer selbständigen Brandenburgischen Landgemeinde (mit niedrigen Steuern). Sie wurde schnell zu einer Attraktion für Besucher und wurde von Zeitgenossen 'als landschaftlich und architektonische Schönheit' aber auch als „Luxusstadt für die oberen Klassen“ charakterisiert. Bereits 1897 waren mehr als 205 Villen entstanden. Alfred Kerr, der dort 20 Jahre lebte, bezeichnete die Bewohner als überwiegend „schwere Kapitalisten, gepflegte Bauern im Millionärskaff“.<sup>6</sup>

Diese Villenkolonie wurde nun auch zum Vorbild für die weitere Erschließung solcher Flächen, z.B. bei der Villenkolonie Nikolassee. Hier hatte der Prinz Friedrich Leopold 105 ha Wald des ehemaligen Gutes Düppel an die Heimstätten Aktiengesellschaft verkauft. Auch hier lockte vor allem die gute Verkehrserschließung und die reizvolle Lage am Nikolassee sowie die niedrigen Steuern einer neugegründeten und 1910 eigenständigen Landgemeinde.

Die Bodenspekulation nahm insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts extreme Formen an. Sogenannte Terraingesellschaften kauften Flächen in der Umgebung Berlins auf, legten Straßen und Plätze an, entwickelten teilweise auch selbst die Verkehrserschließung und verkauften einzelne Grundstücke dann weiter. Meist übernahmen Bauunternehmer die Grundstücke, die sie nach der Bebauung mit Gewinn weiter verkauften. Die Kosten wurden in Form von Hypothekendarlehen weiter gegeben, so dass fast alle Mietshäuser Berlins mit 80 und mehr Prozent ihres Wertes belastet waren. „Finanziert wurde diese Form der Stadterweiterung also von den Banken und Versicherungsgesellschaften, deren Interesse die möglichst sichere Anlage ihres Kapitals in der bevorzugten ersten Hypothek war.“<sup>7</sup> Mehr als 40 neu gegründete Terrain- und Bauaktiengesellschaften, meist unter Beteiligung von Banken, hatten um 1900 über 3.400 ha Bauflächen in der Umgebung Berlins erworben.

Zwar hatte sich bereits 1886 die erste gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, die 'Berliner Baugenossenschaft (1886)' gegründet, doch war ihr Einfluss auf die Stadtentwicklung zunächst gering. Sie demonstrierte in Zusammenarbeit mit bekannten Architekten wie Messel oder Muthesius aber bereits modellhaft sozialen Wohnungsbauten im Sinne der Gartenstadtbewegung.<sup>8</sup>

**1908** gründete sich der Ansiedlungsverein Groß-Berlin als Ableger des Deutschen Vereins für Wohnungsreform unter seinem Generalsekretär Karl von Mangoldt. Durch die rücksichtslose Bodenpolitik des preußischen Staates gewann der der Lebensreformbewegung nahestehende Ansiedlungsverein große Popularität und war 1910 Herausgeber der Schrift: „Die Berliner Waldverwüstung“.

---

<sup>4</sup> Teltower Kreisblatt vom 14.6.1887

<sup>5</sup> Berliner Forsten 1982, Bd. Materialien, S. 36.

<sup>6</sup> Metzger o.J. [www.berlin.de/Ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/artikel.181129.php](http://www.berlin.de/Ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/artikel.181129.php)

<sup>7</sup> Berlinische Galerie, Akademie der Künste & Berliner Festspiele GmbH 1984, S. 34

<sup>8</sup> Escher 1985

## 2.2. Waldausverkauf – der Beginn der Berliner Waldschutzbewegung

Bereits gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden Forderungen nach einem Wald- und Wiesengürtel um Berlin nach dem Vorbild Wiens laut. Doch setzte die Berliner Stadtpolitik zunächst darauf, dass der preußische Staat den Wald als Erholungsfläche für die Bevölkerung erhalten würde. Nachdem Wilhelm II das Hofjagdgebiet Grunewald aufgegeben hatte, erklärte er dieses Gebiet als Volkspark Grunewald.<sup>9</sup>

So gab es im Auftrag des Kaisers Planungen von Geitner zur Verschönerung des Waldes Sport- und Spielplätze, Erfrischungsstationen und Zufahrtsstraßen anzulegen.<sup>10</sup>

Die Entstehung der Kolonie Grunewald innerhalb des Waldes führte zu einem ersten Antrag des Berliner Magistrats, den Grunewald zu kaufen, was aber 1892 vom Preußischen Land- und Forstministerium abgelehnt wurde. **1893** versuchte die Stadt es erneut und schrieb u.a.: *„dass es bei der zunehmenden Bebauung der Umgebung von Berlin aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege notwendig ist, größere Gelände in unseren Gemeindebesitz zu bringen, um so der wachsenden Bevölkerung der Reichshauptstadt für die ferne Zukunft die Gelegenheit der Erholung und Erfrischung im Freien und Walde zu sichern. Bei dieser unserer Absicht sind wir selbstverständlich von der Voraussetzung ausgegangen, den Grunewald im wesentlichen in seiner jetzigen Beschaffenheit zu erhalten, namentlich ihn nicht der Bebauung mit Häusern preiszugeben“*.<sup>11</sup>

1897 gab es auf Antrag des Grafen Tschirsky-Renard eine interessante Diskussion über die Zukunft des Grunewaldes im Preußischen Herrenhaus. Sein Antrag, aus dem Grunewald einen 'Urwald' im Sinne der Amerikanischen Nationalparke zu machen, wurde zwar abgelehnt, doch wurde die Regierung aufgefordert, *„dafür zu sorgen, dass das Forstrevier Grunewald parkmäßig im Interesse des Publikums und unter besonderer Berücksichtigung der alten Baumbestände bewirtschaftet und durch Verkäufe nicht geschmälert würde“*.<sup>12</sup>

Doch gab es seit **1901** verstärkt Waldverkäufe des Forstfiskus im Grunewald. Das Geld sollte für die Wiederaufforstungen in den preußischen Provinzen im Osten verwendet werden. Dazu gehörte auch die Auflösung der Domäne Dahlem, zu deren Parzellierung für Villenbebauung der Forstfiskus noch angrenzende Waldflächen dazu gab.<sup>13</sup>

Während die rasch wachsende Großstadt Berlin um 1875 fast ohne eigenen Waldbesitz war, besaß der Preußische Staat nahezu 22.000 ha Wald in der Umgebung. Davon wurden allein von **1901-1909** Flächen im Wert von 36 Mio. Mark verkauft, teilweise an Gemeinden (z.B. Oberschöneweide), die dort von privaten Investorengruppen Industriegelände errichten ließen, teilweise aber auch an die Industrie direkt, z.B. die Nonnendammwiesen an Siemens. Auch für die Kolonie Neu-Grunewald wurden von einem privaten Konsortium 13,8 ha Wald für 2,3 Mio Mark gekauft.<sup>14</sup> Die Hochkonjunktur führte zu einem Wettstreit um Flächen für Industrie und Wohnungsbau (vorzugsweise repräsentative Villen im Grünen), an dem sowohl der preußische Forstfiskus, als auch die Gemeinden und Städte wie Charlottenburg und Berlin teilnahmen. Alle wollten ein Stück vom Kuchen und die Waldflächen schrumpften zusehends.

**1903** kaufte die Stadt Charlottenburg 800 Morgen, also ca. 200 ha der Jungfernheide vom Forstfiskus, wovon der größte Teil für die Anlage eines sogenannten Volksparks vorgesehen war (1920 nach Plänen von Erwin Barth gebaut).

---

<sup>9</sup> Escher 1985

<sup>10</sup> Die Gartenflora 1902, 51, S. 220-221.

<sup>11</sup> Klees 1964, S. 467

<sup>12</sup> Kötschke 1910, S. 65

<sup>13</sup> Mielke 1971

<sup>14</sup> Escher 1985

Doch auch von Seiten der Vorortgemeinden gab es Stimmen (z.B. vom Verein der Vorortbewohner), die bereits um die Jahrhundertwende eine Eingemeindung der Umlandgemeinden forderten und auf die Notwendigkeit des Erhalts der Königlichen Forsten hinwiesen.<sup>15</sup>

Der Verkauf und die Bebauung von ehemaligen Waldflächen und Seeufern und damit deren Verlust als Erholungsflächen führte zunehmend „zu einem politischen und sozialen Konfliktfeld, das symbolisch vor allem im Kampf um den Grunewald ausgetragen wurde“.<sup>16</sup>

**1904** gelang es dem Berliner Tageblatt zusammen mit der Berliner Volkszeitung innerhalb relativ kurzer Zeit, 30.000 Unterschriften für eine Protest-Erklärung gegen die Vernichtung des Grunewaldes zu sammeln: Es heißt hier u.a.: „Wir ....erheben Protest gegen die Absicht des Fiskus, einen wesentlichen Teil des Grunewalds, den man mit Recht die Lunge Berlins genannt hat, der ‘Bebauung zu erschließen’, d.h. zu vernichten. Unter dem Vorgeben, man wolle den Grunewald in einen ‘Volkspark’, umwandeln, geht man daran, den 3 Millionen Bewohnern Groß-Berlins die Stätten ihrer Erholung zu nehmen, indem man auch diesen letzten Wald der näheren Umgebung Berlins vernichtet“<sup>17</sup>.

Diese Unterschriften wurden am 13. November 1904 dem zuständigen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, von Podbielski, in Gegenwart des Oberlandforstmeisters Wesener übergeben. Laut Zeitungsbericht bekräftigte der Minister in der anschließenden Unterredung, dass man nicht vorhabe, den Grunewald als Volkspark in einen „Wurstelprater“ zu verwandeln. Auch sollten nach seiner Aussage die neu angelegten Straßen in Dahlem und Wilmersdorf nicht in das ‘Herz des Grunewaldes’ geführt werden, um den Wald der Bebauung preiszugeben.<sup>18</sup>

**1906** gründete sich der Berliner Waldschutzverein, zunächst hauptsächlich im Kampf gegen die Vermüllung der Wälder.

Am **16.8.1907** erging die Kabinettsorder, dass es „nicht in der Absicht S.M. des Kaisers läge, die Veräußerungen des Hauptbestandteils des Grunewaldes als Baugelände zu genehmigen“.<sup>19</sup>

**1907** wurde in Preußen ein sogenanntes Verunstaltungsgesetz erlassen, das neben dem Schutz der Ortsbilder auch ermöglichte, Bauvorhaben außerhalb von Ortschaften zu untersagen. Die dazu erlassenen Schutzverordnungen dienten vorrangig dem Erhalt ästhetischer Landschaftsbilder, damit wurden aber zugleich erstmalig auch Flussufer und Seen für Erholungszwecke gesichert.<sup>20</sup>

Auch der Berliner Architekten-Verein beschäftigte sich in dieser Zeit zunehmend mit dem Thema der Freiflächenfrage und eines Gesamtbebauungsplans unter dem Aspekt der wachsenden Bevölkerung (erwartet wurde ein Bevölkerungsanstieg auf bis zu 10 Millionen).

Der von der Architektenkammer und dem Verein gegründete Ausschuss Groß-Berlin initiierte **1908** einen städtebaulichen Wettbewerb für einen Generalbebauungsplan für Groß-Berlin, insbesondere in Hinblick auf die Verkehrs- und Freiflächenplanung. In der Vorbereitung der Ausschreibung wurden von Jansen die für Berlin und Umgebung vorhandenen Bebauungspläne durchgesehen, wobei deutlich wurde, dass die Stadt bereits von einem dichteren Netz von Bauflächen umgeben war, als bisher bekannt. Die 4 Wettbewerbs-Preisträger behandelten daher in unterschiedlicher Form das Konzept des weiträumigen Wald- und Wiesengürtels und radialer Grünzüge, wobei insbesondere der Entwurf von Jansen zukunftsweisend war.<sup>21</sup>

Bereits **1908** warb der Berliner Waldschutzverein mit einer Plakataktion aktiv um Mitglieder unter dem Motto: ‘Wer hilft uns, unsere Wälder zu erhalten? Schließt Euch uns an zur Er-

---

<sup>15</sup> Escher 1985, S. 282

<sup>16</sup> Auster 2006, S. 157

<sup>17</sup> Mielke 1971, S. 98

<sup>18</sup> Berliner Tageblatt vom 14.11.1904

<sup>19</sup> Verband Groß Berlin 1920. Vierter Teil: Forstverwaltung, S. 81.

<sup>20</sup> Auster 2006, S. 160

<sup>21</sup> Bernhardt 1998

haltung der Wälder um Berlin, zur Reinhaltung und Ansiedlung von Singvögeln'.<sup>22</sup> Er wurde nun zusammen mit dem Ansiedlungsverein zu einer treibenden Kraft bei den politischen Debatten um den Walderhalt und veranstaltete 1908 den ersten Waldschutztage in Berlin.

Auch im Preußischen Herrenhaus gab es im April **1908** eine 'Grunewald-Debatte' über die die Zeitungen berichteten.

**Am 16.1.1909** fand in Berlin der 2. Berliner Waldschutztage im Berliner Architektenhaus statt – vorbereitet vom Berliner Waldschutzverein zusammen mit dem Ansiedlungsverein für Groß-Berlin. Wesentliche Mitorganisatoren waren der Bund der Deutschen Bodenreformer, das Bureau für Sozialpolitik, die Deutsche Gartenstadtgesellschaft, die Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz und die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte. Mehr als 30 Organisationen/Verbände unterstützten die Veranstaltung und nahmen mit Delegierten teil, darunter Gewerkschaften und Standesorganisationen, Krankenkassen, naturwissenschaftliche Vereine, sozialpolitische und wohnungsreformerische Verbände usw. (s. Liste im Anhang). Eingeladen waren auch Stadt- und Gemeindevertretungen, Ministerien, Handelskammern und Abgeordneten- und Herrenhaus.

Die wichtigsten Forderungen des Waldschutztages waren:

- der Erhalt der Wälder und Naturschönheiten in und um Berlin
- die Anwendung und Verschärfung bestehender Schutzgesetze, wie dem Preußischen Waldschutzgesetz, dem Gemeindewaldgesetz und dem Verunstaltungsgesetz
- die Übernahme der Wälder und Naturschönheiten Berlins durch die Kommunalverwaltung und ihre langfristige Erhaltung, möglichst durch einen zu bildenden Zweckverband
- die *„Beseitigung der bestehenden schädlichen Bauordnungs- und Bebauungsplanbestimmungen zugunsten eines modernen Grundsätzen entsprechenden Generalbebauungsplanes für Groß-Berlin“*.<sup>23</sup>

Diese Forderungen sollten nun weiterhin von den beteiligten Organisationen gegenüber der Politik sowie der Öffentlichkeit gemeinsam vertreten und massiv beworben werden, auch mit weiteren Kundgebungen. Vor allem sah man auch die Notwendigkeit, diese Bestrebungen auch für andere Städte in Deutschland zu entwickeln.

Die umfangreichen Materialien des Waldschutztages wurden 1909 mit dem Titel „Der Kampf um unsere Wälder“ herausgegeben. Im hier gezogenen Resümee der Entwicklung seit der Waldschutztage heißt es neben der Notwendigkeit, diese Bewegung 'ununterbrochen' am Leben zu halten *„Die öffentliche Meinung muß sich aber auch immer mehr klar werden über den engen Zusammenhang, der zwischen der ständigen Gefahr, und unserer ganzen so verderblichen Art und Weise, den künftigen städtischen Ansiedlungsboden rein als Ware zu betrachten und zu behandeln, besteht. Hier gilt es einzugreifen“*.<sup>24</sup>

**Am 13.3.1909** wurde bei einer Debatte im Preußischen Haus der Abgeordneten das ganze Ausmaß der Waldvernichtung durch den preußischen Forstfiskus deutlich. So sollte ein Drittel des ca. 4.000 ha großen Grunewaldgeländes im Rahmen des Heerstraßenbaus parzelliert werden und das Geld zur Finanzierung des Straßenbaus verwendet werden. Dazu gehörten auch der Pichelswerder sowie Seen- und Havelufer.<sup>25</sup> So sollte die Heerstraße nicht nur als militärische Aufmarschstraße zum Truppenübungsplatz Döberitz dienen, sondern zugleich auch die neuen Bauterrains im Grunewald erschließen. Der Minister für Landwirtschaft und Forsten von Arnim betonte, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, 'Volkswälder' zu erhalten, dies sei Aufgabe der Kommune.<sup>26</sup> Liberale und Sozialdemokraten forderten eine vollständige Erhaltung der Wälder, was aber abgelehnt wurde. Es wurde aber ein Antrag des

---

<sup>22</sup> Grunewald-Echo vom 9. Februar 1908

<sup>23</sup> Der Berliner Centralausschuss für die Wald- und Ansiedlungsfrage 1909, S. 38

<sup>24</sup> Der Berliner Centralausschuss für die Wald- und Ansiedlungsfrage 1909, S. 41

<sup>25</sup> Escher 1985

<sup>26</sup> Mielke 1971, S. 100

freikonservativen Abgeordneten von Brandenstein einstimmig angenommen, Havelufer und Grunewaldseen vom Verkauf auszuschließen.

**Am 15.9.1909** wurde die Stelle eines städtischen Oberförsters zur Verwaltung der stadteigenen Waldflächen geschaffen. Berlin hatte inzwischen für die Abwasserentsorgung im Umland 17.560 ha Flächen zur Anlage von Rieselfeldern gekauft und dabei auch verschiedene kleine Waldflächen mit erstanden. Für diese nun ca. 3.000 ha Wald wurde als erster städtischer Oberförster W. Grasso eingesetzt.<sup>27</sup>

Auch der Preußische Staat unterstützte schließlich die Idee der Gründung eines relativ lockeren Zweckverbandes Groß-Berlin als Planungsorganisation für den Großraum. Der Zweckverband sollte zunächst aus Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Rixdorf, Schöneberg, Lichtenberg, Spandau und den Landkreisen Teltow und Niederbarnim bestehen.

Doch führten weitere Verkaufspläne des Forstfiskus **1910** zu einer großen Protestwelle. Nicht nur dass der Walderhalt wieder Thema zahlreicher politischer Diskussionen im Abgeordnetenhaus war ('Die Wald-Schlächtereien im Abgeordnetenhaus', Berliner Volks-Blatt vom 3.2.1910), auch andere gesellschaftliche Kräfte wurden aktiv. So veröffentlichten das Berliner Tageblatt und andere Zeitungen am 6. April 1910 einen Aufruf 'Schutz unseren Wäldern'. Diese Resolution des Berliner Centralausschusses für die Wald- und Ansiedlungsfrage wurde von fast 500 Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet, darunter z.B. August Bebel, Otto Freiherr von Manteuffel (Präsident des Herrenhauses), Hermann Muthesius, Robert Koch, Max Liebermann, Adolf Damaschke, Wilhelm Wetekamp u.v.a. (siehe Material im Anhang). Sie alle forderten zum einen den Forstfiskus auf, keine weiteren Flächen zu verkaufen und Wald nur für die Erholungsnutzung an die Gemeinden zu vergeben. Zum anderen sollten die Groß-Berliner Gemeinden und Kreise nun auch endlich selbst Wald erwerben und zwar auch von Privatpersonen. Zugleich wurden Gesetze und Regularien zum Schutz der Wälder und Naturschönheiten gefordert, die ansonsten unwiederbringlich verloren gehen würden.<sup>28</sup>

**1910** erschien auch die umfangreiche Protestschrift 'Die Berliner Waldverwüstung' von Hermann Kötschke, herausgegeben vom Ansiedlungsverein Groß-Berlin. Kötschke stellte nicht nur die Entwicklung des städtischen Landbesitzes und die Ausstattung der Stadt mit Parkanlagen dar, im Mittelpunkt standen die Waldschlächtereien des Forstfiskus und die geringen Anstrengungen der Stadt und Gemeinden Erholungsflächen zu erhalten. Er gab zugleich umfangreiche Vorschläge für zukünftige Verbesserungen, wie die Verschärfung bestehenden Rechts (betr. Etatrecht, Verunstaltungs- und Waldschutzgesetze) oder die Bildung von Waldankaufsgemeinschaften und appellierte an die Leser, sich für den Schutz der Freiflächen zu engagieren. Seiner Schrift lag eine Karte bei, die deutlich machte, welche Wälder in der Umgebung Berlins bereits bebaut oder beplant wurden und welche Flächen stark gefährdet waren. Darüber hinaus widmete er auch dem Umgang mit dem Tempelhofer Feld ein ganzes Kapitel. Auch hier ging es darum, gegen die Interessen des Preußischen Fiskus, der sein ehemaliges Aufmarschgelände teuer als Bauland verkaufen wollte, diese Flächen für die Berliner Bevölkerung als Erholungsflächen zu erhalten.

Am **25. Mai 1910** berichtete die Forstverwaltung im Abgeordnetenhaus über mögliche Konditionen des Waldverkaufs durch den Staat an die Kommunen. Die gewünschte Verpflichtung des Käufers zum dauerhaften Walderhalt könne sehr wohl durch eine Eintragung ins Grundbuch gesichert werden. Als Beispiel wurde der Vertrag mit Charlottenburg bezüglich des Volksparks Jungfernheide angeführt. Zudem gäbe es bereits erste Verhandlungen zwischen dem Forstfiskus und den Städten Berlin und Charlottenburg über den Ankauf von so genanntem Dauerwald (ca. 8.000 ha). Allerdings äußerte die Forstverwaltung auch ihre Be-

<sup>27</sup> [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/forsten/100jahre/download/ausstellung/ausstellung\\_forsten\\_tafel1.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/forsten/100jahre/download/ausstellung/ausstellung_forsten_tafel1.pdf)

<sup>28</sup> Berliner Tageblatt vom 6. April 1910 und Berliner Volkszeitung vom 6. April 1910

denken gegen einen solchen 'Dauerwald', da angesichts des Wachstums der Stadt der Grunewald zukünftig vielleicht doch als Baulandreserve dienen müsse.<sup>29</sup>

### 2.3. Zweckverband und Dauerwaldvertrag

Für die Gründung des Zweckverbands Berlin (Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Rixdorf, Schöneberg, Lichtenberg, Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim) wurde am **19. Juli 1911** ein Zweckverbandsgesetz erlassen, das als eine kommunale Aufgabe den Erwerb und die Erhaltung größerer, von der Bebauung freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Seen, Schmuck-, Spiel- und Sportplätze usw.) nannte.<sup>30</sup>

Dies hatte umso mehr Bedeutung, als die Prognosen für Groß-Berlin bereits von einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 90.000 Menschen ausgingen. So wurde 1911 in Charlottenburg das erste städtische Wohnungsamt gegründet, das v.a. sozialhygienische Ziele verfolgte, aber auch Wohnungsinspektionen vornahm und gegen Mieter und Hausbesitzer vorging.<sup>31</sup>

**1911** erwarben die städtischen Wasserwerke die Wuhlheide, ein 525 ha großes Waldgebiet vom Preußischen Forstfiskus. Auch hier wurde bereits im Kaufvertrag festgelegt, dass die Flächen dauernd als Wald oder Park zu erhalten seien.

Bereits 3 Wochen nach Bildung des Zweckverbands Berlin am **1.4.1912** wurde der Beschluss gefasst, 'über den Erwerb von Freiflächen in Verhandlungen einzutreten' und es wurde eine Anfrage an den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gestellt, ob die Staatsregierung selbst beabsichtige, Flächen in der Umgebung freizuhalten oder an den Verband abzutreten. Die Antwort des Ministers lautete im Mai 1912, dass beabsichtigt sei, dem Verband 11.200 ha für 178.632.000 Mark (d.h. 1,6 Mark/m<sup>2</sup>) zu verkaufen (mit Wiederkaufsrecht und Verbot oder Beschränkung der Grundwasserausnutzung), was für den Zweckverband nicht annehmbar war).<sup>32</sup>

Daraufhin gab es längere Verhandlungen über den Preis, in die sich auch der Kaiser und beide Häuser des Landtags einschalteten, mit dem Ergebnis, dass neben wirtschaftlichen Aspekten auch die Bedeutung des Freiflächenerhalts eine Rolle bei der Preisgestaltung spielen sollte.

Währenddessen bewertete die Verbandsverwaltung die angebotenen Flächen und suchte darüber hinaus auch selbst wertvolle Flächen aus, so dass Ende **1912** konkrete Verhandlungen aufgenommen werden konnten.

Als Flächen für den Vertrag konnten über die vom Staat vorgeschlagenen u. a. auch noch wertvolle Uferflächen (z.B. am Griebnitzsee und am Kl. Wannsee) und solche Flächen erworben werden, wo an den Hauptzugangsflächen zum Dauerwald nur schmale Streifen übrig bleiben sollten. Auch der östlichste Grunewald war ursprünglich nicht angeboten worden. Zusätzlich wurde auch die Schönholzer Heide ausgewählt, *„die infolge ihrer Lage inmitten fast ausschließlich mit Mietskasernen bebauter Industrievororte in besonderem Maße geeignet ist, den Zwecken des Dauerwaldes entsprechend als sanitäres Grün zu dienen.“*<sup>33</sup>

Ausgewählt wurde im wesentlichen im Westen die frühere Staatsförsterei Grunewald und der Wannseeteil der Oberförsterei Potsdam (3.936 ha), im Osten die ehemaligen Staatsförstereien Grünau und Köpenick (3.935 ha) und im Norden die ehemalige Staatsoberförsterei Tegel (Tegel, Hermsdorf, Jungfernheide) sowie Stücke der Staatsoberförstereien Oranienburg und Schönwalde sowie Freiflächen bei Schönholz (2.173 ha). Allerdings hatte sich der

---

<sup>29</sup> Drucksache 582, Haus der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, 3. Session 1910, Sammlung d. Drucksachen d. Preuß. Haus der Abgeordneten, Bd. 7, 4810- 4822

<sup>30</sup> Verband Groß Berlin 1920, S. 82.

<sup>31</sup> Bernhardt 1998

<sup>32</sup> Verband Groß Berlin 1920, S. 82

<sup>33</sup> Verband Groß Berlin 1920, S. 86.

Forstfiskus den westlichen und südlichen Rand des Grunewalds (sog. Preußenflächen) für den Verkauf als Villenflächen vorbehalten.<sup>34</sup>

Da der Zweckverband nur in Raten zahlen konnte, wurde der Kaufpreis für rund 10.000 ha auf 50 Millionen Mark festgelegt, d.h. 50 Pf/m<sup>2</sup> (ohne Wiederkaufsrecht und Einschränkung der Grundwassernutzung).

Im Juni **1914** wurde der Vertragsentwurf von der Zweckverbandsverwaltung genehmigt, doch kam es durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges erst 1915 zur Vertragsunterzeichnung.

**Am 27.3.1915 erfolgte der Abschluss des sogenannten „Dauerwaldvertrages“** zwischen dem Verband Groß-Berlin und der Königlichen Regierung in Potsdam, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten. Die Übergabe wurde auf den 1.4.1915 datiert. Im Vertrag heißt es:

***„Der Verband ist verpflichtet, die gekauften Grundstücke ausschließlich zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben zu verwenden und sie in ihrem wesentlichen Bestande als Waldgelände zu erhalten. Er darf sie weder ganz noch teilweise veräußern oder dinglich belasten. Ausnahmen kann das Staatsministerium zulassen, doch muss dann der Erlös zum Erwerb von Ersatzflächen verwendet werden. Wassergewinnungsanlagen, Erholungsstätten und Gastwirtschaften dürfen ohne weiteres im Dauerwalde eingerichtet und betrieben werden...“***<sup>35</sup>

Als Anzahlung waren 5 Millionen Mark vorgesehen, der Rest sollte unverzinslich in 15 Jahreszahlungen à 3 Millionen Mark getilgt werden. Allerdings verzögerte sich die Zahlung durch die schwierige politische und wirtschaftliche Situation und die langwierigen Vermessungsarbeiten und Grundbuchübertragungen bis 1920, als die Großgemeinde mithilfe einer Anleihe zunächst 20 Millionen Mark zahlte.

Die Bewirtschaftung der sogenannten Dauerwald-Flächen durch den Zweckverband erfolgte nach 1915 durch 3 Oberförstereien mit 12 Revierförstern auf durchaus fortschrittlich ausgelegten Prinzipien:

*„Die Zweckbestimmung des Dauerwaldes befreit von vorneherein den Wirtschaftler von der oft drückenden Fessel einer auf den Waldreinertrag gerichteten Wirtschaftsform. Dass die Staatsforstverwaltung und der größere Teil der Gemeinde- und Privatforsten sich von den Reinertragsgrundsätzen nicht oder nur unzulänglich lösen können, ist die grundlegende Ursache der Schablonisierung der Wälder und schließlich auch der ständig sinkenden Ertragsfähigkeit der Waldböden. Es müssen die vom Geldertragsstandpunkt aus vorteilhaftesten Holzarten, zumeist also die Nadelhölzer, das geldlich vorteilhafteste Abtriebsalter und die billigsten Verjüngungsmethoden gewählt werden. Daher die Einseitigkeit des Betriebes mit ihren bösen Folgen der Insektenzüchtung und andere Gefahren, daher auch die Unmöglichkeit, durch Holzartenwahl und mechanische Bodenpflege das Walten der Natur so nachzunehmen, dass ein plötzliches oder allmähliches Sinken der Produktionsfähigkeit der Waldböden vermieden wird...“*<sup>36</sup>

Da auch Städte wie Charlottenburg oder Berlin bereits früher Waldflächen gekauft hatten (z.B. Jungfernheide oder Lanke/Gorin), besaß die **1920** aus 8 Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken gebildete Einheitsgemeinde Groß-Berlin nun mit über 21.000 ha Wald tatsächlich nahezu den schon um 1892 von Köhn geforderten Wald- und Wiesengürtel um die Stadt (es fehlten Flächen im Süden). Hier wohnten insgesamt 3.804.000 Menschen auf einer Gesamtfläche von 87.817 ha.<sup>37</sup> Bis **1941** erwarb Berlin weitere Waldflächen (Düppel, Kladow, Stolpe usw.), so dass die Größe des Waldbesitzes bis 1945 bis auf 25.480 ha stieg.<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> Escher 1985

<sup>35</sup> Dauerwald-Kaufvertrag vom 27.3.1915

<sup>36</sup> Verband Groß Berlin 1920, S.90-91.

<sup>37</sup> Escher 1985

<sup>38</sup> Berliner Forsten 1982, Bd. Materialien, S. 38

### 3. Literatur

- Arndt, A. 1934: Die Forst Cöpenick in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Verhandl. Botan. Ver. Prov. Bbg. Jg. 75: 243-248.
- Auster, R. 2006: Schutz den Wäldern und Seen. Die Anfänge des sozialpolitischen Naturschutzes in Berlin und Brandenburg. In: Gröning, G. & J. Wolsche-Buhlmann (Hrsg.) Naturschutz und Demokratie. Martin Meidenbauer Verlag: 155-158.
- Auster, R. 2009: Seenschutz in Brandenburg – 100 Jahre Kampf um freie Ufer. Naturschutz und Landschaftspflege in Bbg. 18 (4): 116-123.  
[http://www.lugv.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/nl\\_4\\_2009.pdf](http://www.lugv.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/nl_4_2009.pdf)
- Behm, H-W. 1957: Zehntausend Jahre Grunewald. Die Natur- und Entwicklungsgeschichte eines großstädtischen Forstes. Kulturbuch Verlag.
- Berliner Centralausschuss für die Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder. Verhandlungen und Materialien des Zweiten Berliner Waldschutztags am 16. Januar 1909. Springer Verlag Berlin. 43 S.
- Berliner Forsten 2009: Geschichte – 100 Jahre Berliner Forsten. Eine Chronologie - Der Wald in Berlin bis zum Jahre 2009. Ausstellung/Download.  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/forsten/100jahre/de/download/index.shtml>
- Berliner Forsten 1982: Forstliche Rahmenplanung. Band Materialien.
- Berlinische Galerie e.V. + Akademie der Künste + Berliner Festspiele GmbH 1984: Berlin um 1900.
- Bernhardt, C. 1998: Bauplatz Groß-Berlin. Wohnungsmärkte, Terraingewerbe und Kommunalpolitik im Städtewachstum der Hochindustrialisierung. Veröff. Histor. Komm. Berlin Bd. 93. De Gruyter Verlag.
- Bodenschatz, H. 1987: Platz frei für das neue Berlin. Geschichte der Stadterneuerung in der größten Mietskasernenstadt der Welt seit 1871.
- Carthaus, V. 1917: Zur Geschichte und Theorie der Grundstücksrisen in deutschen Großstädten mit besonderer Berücksichtigung von Groß-Berlin. Fischer Verlag.  
[https://archive.org/stream/zurgeschichteund00cart/zurgeschichteund00cart\\_djvu.txt](https://archive.org/stream/zurgeschichteund00cart/zurgeschichteund00cart_djvu.txt)
- Escher, F. 1985: Berlin und sein Umland: Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Colloquium Verlag Berlin.
- Frohn, H.-W. 2009: Das Stiefkind der Bewegung: Sozialpolitischer Naturschutz und Bemühungen um Erholungsvorsorge 1880 bis 1969. In: Frohn, H.-W., Rosebrock, J. & Schmoll, F. (Hrsg.) „Wenn alle sich in der Natur erholen, wo erholt sich dann die Natur?“ Naturschutz, Freizeitnutzung, Erholungsvorsorge und Sport – gestern, heute, morgen. BfN-Reihe: Natursch. Biol. Vielfalt, Bd. 80: 39-124.
- Gläser, H. & Metzger, K.-H. 1993: 100 Jahre Villenkolonie Grunewald 1889-1989. Stapp Verlag.
- Hegemann, W. 1930: Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt.
- Hengsbach, A. 1960: Die Berliner Heerstraße. Ein Kapitel Planungsgeschichte. Der Bär von Berlin 9: 87-113.
- Hentschel, A. & R. Wild 1989: Wider Miethswucher und Eigenthümertyrannie – 101 Jahre Berliner Mieterverein 1888-1989. Berliner Mieterverein (Hrsg.). Bd. 5. Schriftenr. Inst. f. Soz. Stadtentw.
- Jansen, H. 1922; Die Zerstückelung des Grunewaldes. Berliner Tageblatt 180, 16.4.1922, Beiblatt 1.

- Keller, K. 1910: Groß-Berlins bauliche Zukunft. Vorschläge zur Reform der Bebauungsbestimmungen. Berlin Grunewald. Landesgeschichtlicher Verein f. die Mark Bbg. e.V.
- Klees, M. 1963: Der Berliner Waldbesitz im Wandel der Zeiten. AFZ 29: 450-454.
- Kötschke, H. 1910: Die Berliner Waldverwüstung und verwandte Fragen. Verlag des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin. Berlin-Schöneberg.
- Kühn, M. 2012: Die Stadtlandschaft zwischen Berlin und Potsdam - historische Schichten eines suburbanen Raumes. In: Schenk, W., Kühn, M., Leibenath, M., Tzschaschel, S. & Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften (Eds): Suburbane Räume als Kulturlandschaften. Hannover. Verl. d. ARL. (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 236): 303-324.  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-335973>
- Mangoldt, K. von 1910: Wie ist die Neugestaltung Berlins durchzuführen? Schriften des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin. H.6.
- Metzger, Karl-Heinz: Wilmersdorf im Spiegel literarischer Texte vom 19. Jahrhundert bis 1933, Berlin 1985 (Aspekte der Wilmersdorfer Lokalgeschichte. Die blaue Reihe, Bd.1. Hrsg. Bezirksamt Wilmersdorf, Pressestelle 1)  
[www.berlin.de/Ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/artikel.181129.php](http://www.berlin.de/Ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/geschichte/artikel.181129.php)
- Mielke, H.-J. 1971: Die Kulturlandschaftsgeschichte des Grunewaldgebiets. Verlag D. Reimer Berlin. 348 S.
- Nathusius, H. v. 1920: Die Bedrohung und Erhaltung des Dauerwaldes von Groß-Berlin. In: Beitr. Z. Naturdenkmalpflege. Bd. 6: 535-545.
- Nathusius, H. von 1925: Die Wälder der Stadt Berlin. In: Berliner Wirtschaftsberichte. Jg. 2: 109-112.
- Nathusius, H. von 1926: Stadtwald und Wohlfahrt. In: Probleme der neuen Stadt Berlin. Berlin-Friedenau: 115-122.
- Stürmer, R. 1991: Freiflächenpolitik in Berlin und der Weimarer Republik – ein Beitrag zur Sozial und Umweltschutzpolitik einer modernen Industriestadt. Berlin Forschung Bd. 25. Berlin Verlag: 359 S.
- Urban, H. F.: 1910/1911 Die Entdeckung Berlins. In: Bienert, R. (Hrsg) 2014; Die Entdeckung Berlins. Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Verband Groß-Berlin. 1920: Verwaltungsbericht für die Zeit des Bestehens des Verbandes vom 1. April 1912 bis 30. September 1920. Vierter Teil: Forstverwaltung. Berlin: 81-108.
- Wagner, M. 1915: Städtische Freiflächenpolitik. Grundzüge und Richtlinien für Größe und Verteilung der verschiedenen Arten von sanitärem Grün im Stadtplane mit besonderer Berücksichtigung von Groß-Berlin. Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt 11 der neuen Folge der Schriften der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Berlin. 92 S.
- Wilson, J.K. 2006: Environmental Protest in Wilhelmine Berlin: The Campaign to Save the Grunewald. German Historical Institute Washington, CHI Bulletin Supp 3, 2006: 9-25.  
[http://www.ghi-dc.org/files/publications/bu\\_supp/supp3/9.pdf](http://www.ghi-dc.org/files/publications/bu_supp/supp3/9.pdf)
- Ziethen, O. 1912: Wald- und Wiesengürtel für Groß-Berlin. (Schr. Deutsche. Ges. f. soziale Reform, Ortsgruppe Bln, H2). In: Die sozialpolitischen Aufgaben des Zweckverbands Groß-Berlin. Jena 1912: 38-62.
- Zöbl, D. 2008: Das Berliner Westend: Auf dem Weg zum bürgerlichen Arkadien?, in: Reif, H. (Hrsg): Berliner Villenleben. Die Inszenierung bürgerlicher Wohnwelten am grünen Rand der Stadt um 1900. Gebr. Mann Verlag Berlin (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd.12): 199-222.

## **4. ANHANG**

- 4.1 "Im Grunewald ist Holzauktion"
- 4.2 Anzeige Villenkolonie Grunewald aus dem Teltower Kreisblatt vom 7.1.1890
- 4.3 Titelgrafik des Grunewald-Echos
- 4.4 Foto W. Titzenthaler vom Reichkanzlerplatz 1907
- 4.5 Titelblatt "Der Kampf um unsere Wälder" – 2. Berliner Waldschutztage 1909
- 4.6 Teilnehmer-Organisationen des 2. Berliner Waldschutztages
- 4.7 Titelblatt „Die Berliner Waldverwüstung“ von Hermann Kötschke 1910
- 4.8 Die Entwicklung Zehlendorfs von 1850-1920 (aus: Behm 1957, verändert)
- 4.9 „Schutz unseren Wäldern“ – Aufruf aus der Berliner Volkszeitung vom 6.4.1910
- 4.10 K. v. Mangoldt zum Schutz unserer Wälder - Berliner Tageblatt vom 7.4.1910
- 4.11 Auszüge aus dem Berliner Dauerwaldvertrag vom 27.3.1915
- 4.12 Zitate zum Thema Waldverkauf und Freiflächenerhalt zwischen 1893 und 1909

*Berlin 1890 Otto Teich*

Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion,  
Ist Holzauktion, ist Holzauktion,  
Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion,  
Ist Holzauktion.

|: Links um die Ecke rum,  
Rechts um die Ecke rum,  
Überall ist große Holzauktion. :|

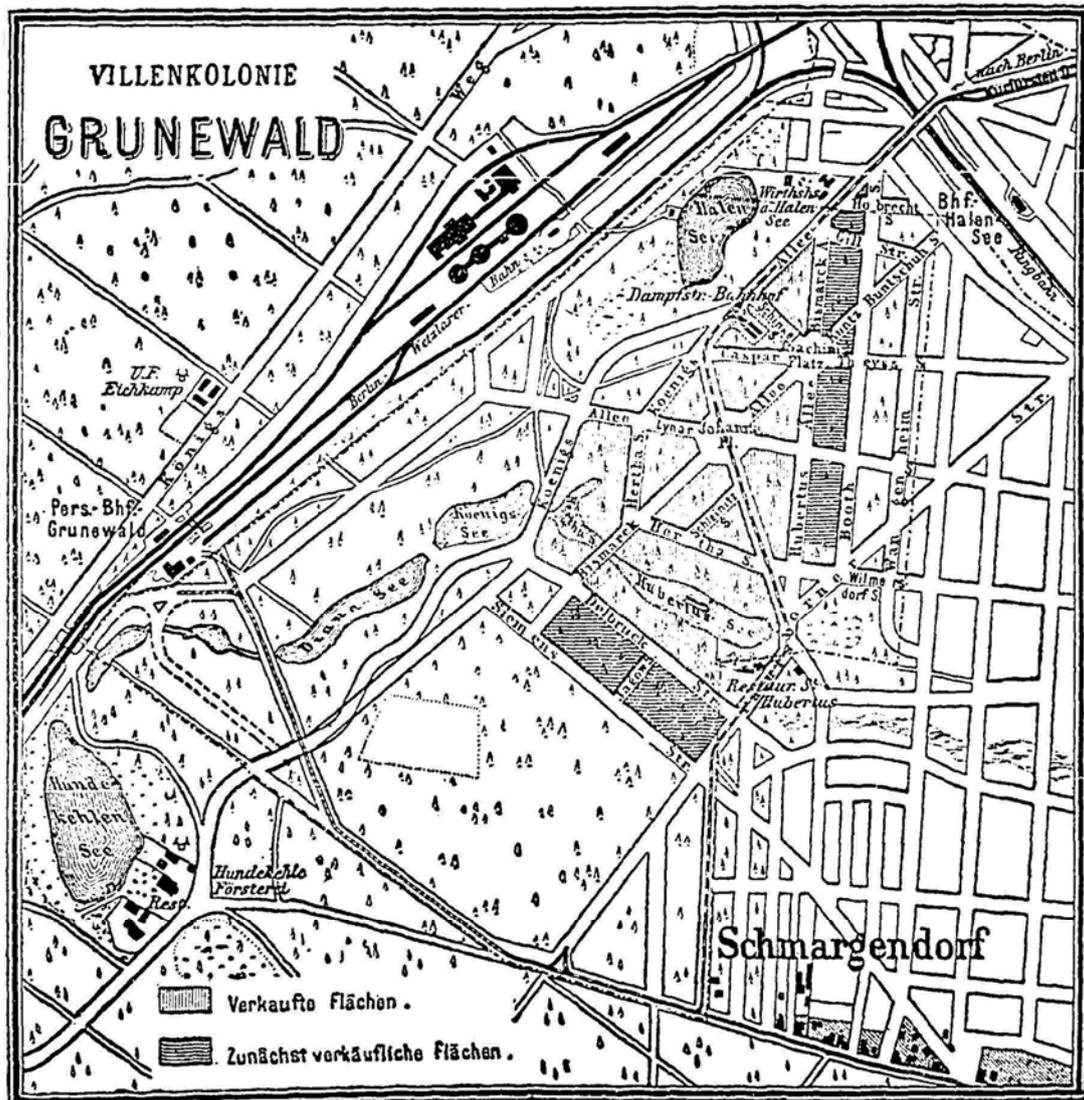
Der ganze Klafter Süßholz kost'nen Taler,  
'nen Taler, 'nen Taler.  
Der ganze Klafter Süßholz kost 'nen Taler,  
'nen Taler kost er nur.

Der Förster schießt dabei zwei große Böcke  
Für'n Taler, für'n Taler,  
Und sieht drauf in der linken rechten Ecke  
Für'n Taler, Taler nur.

Der Forstgehilfe küßt des Försters Tochter  
Für'n Taler, für'n Taler,  
Der Förster auf den Forstgehilfen pocht er  
Für'n Taler, Taler nur.

Beim Vollmond, da kamen alte Weiber  
Für'n Taler, für'n Taler,  
Die mausten Holz wie echte rechte Räuber  
Für'n Taler, Taler nur.

Die Polizei kam leise wie auf Strümpfen  
Für'n Taler, für'n Taler,  
Und arretierte, ach, die alten Nymphen  
Für'n Taler, Taler nur.

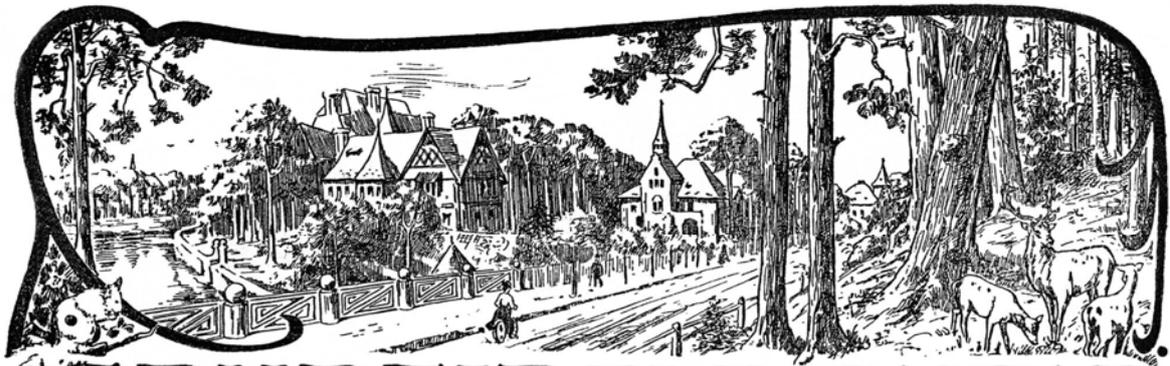


Die **Kurfürstendamm-Gesellschaft** beehrt sich hierdurch zur Kenntniß zu bringen,

daß in der **Villenkolonie Grunewald** die im vorstehenden Plane mit  = Schraffur ausgezeichneten Flächen zur Zeit zum Verkaufe stehen. Der Verkaufspreis ist je nach Lage auf 10,60 Mark bis 12,70 Mark pro Quadratmeter festgesetzt. Auf dem bereits verkauften Terrain in Größe von 32 Hektaren ist die Errichtung von 30 Villen im bevorstehenden Baujahr kontraktlich gesichert; weitere Bauten sind in Aussicht. Die Gesellschaft errichtet eine Doppel-Villa für Gutsverwaltung, Schule und Arzt; sie übernimmt die Herstellung der Wasserversorgung, Entwässerung und Beleuchtung. Es ist elektrisches Licht in Aussicht genommen und wird mit der Errichtung der erforderlichen Anlagen voraussichtlich schon im kommenden Jahre begonnen werden. Die Villenkolonie Grunewald, welche auf vom Forstfiskus abgetretenen Grunewald-Terrain zur Anlage kommt, zeichnet sich durch gesunde und landschaftlich bevorzugte Lage aus. Zwischen der Station der Stadt-Ringbahn Halensee und der Station Grunewald gelegen, durch Dampfstraßenbahn mit dem Mollendorferplatz verbunden, bietet sie bequeme Verbindungen mit Berlin, welche durch die bereits im Baue begriffene Herstellung eines zweiten Schienenstranges zwischen Station Halensee und Potsdamer Bahnhof demnächst weitere Förderung erhalten werden.

**Berlin, Französischestr. Nr. 66/67 I.** sind bezügliche Pläne und Verkaufsbedingungen kostenfrei zu beziehen und wird daselbst auch jede weitere Auskunft erteilt.

Anzeige aus dem Teltower Kreisblatt vom 7.1.1890



# GRUNEWALD-ECHO

**Amtliches Organ**

für den  
Amts- und Gemeindebezirk  
GRUNEWALD



**Offizielles Organ**

der  
Freien Vereinigung  
GRUNEWALD

**Lokalblatt für Falensee = Wilmersdorf, Schmargendorf, Dahlem, Schlachtensee und Wannsee.**  
Redaktion und Expedition: Grunewald, Königs-Allee 6. Telephon: Amt Wilmersdorf, Nr. 846.

<b>IX. Jahrg.</b>	<b>— Erscheint Sonntags —</b>	<b>Sonntag, 2. August 1908.</b>	<b>Nr. 31.</b>
	<small>Preis pro Vierteljahr durch die Post bezogen Mk. 1.— inkl. Postgeb. Preis der einzelnen Heftteile 25 Pf. (Einmal-Exemplare 40 Pf.) bei Wiederholungen Rabatt. Reklame-Zeile unten Strich 1.— 50 Pf.</small>		<small><b>Anzeigen- und Abonnements-Aufnahme</b> in Grunewald: Königs-Allee 6, Ecke Hubertus-Allee und Roentgen-Allee 54; in Falensee: Kurfürstendamm 128 und Kurfürstendamm 124 (Kerkerhofgrund); in Schmargendorf: Bredtestraße 18; in Wannsee, Alleenstraße 40 (Polbagetur).</small>

Titelgrafik des Grunewald-Echos von 1908 mit typischen Grunewaldvillen, See und Waldidylle mit Rehen.

Das Lokalblatt erschien von 1899 bis Ende der 30er Jahre und war bis zur Bildung der Großgemeinde Berlin auch amtliches Organ für den nicht zu Berlin gehörenden Gemeindebezirk Grunewald.

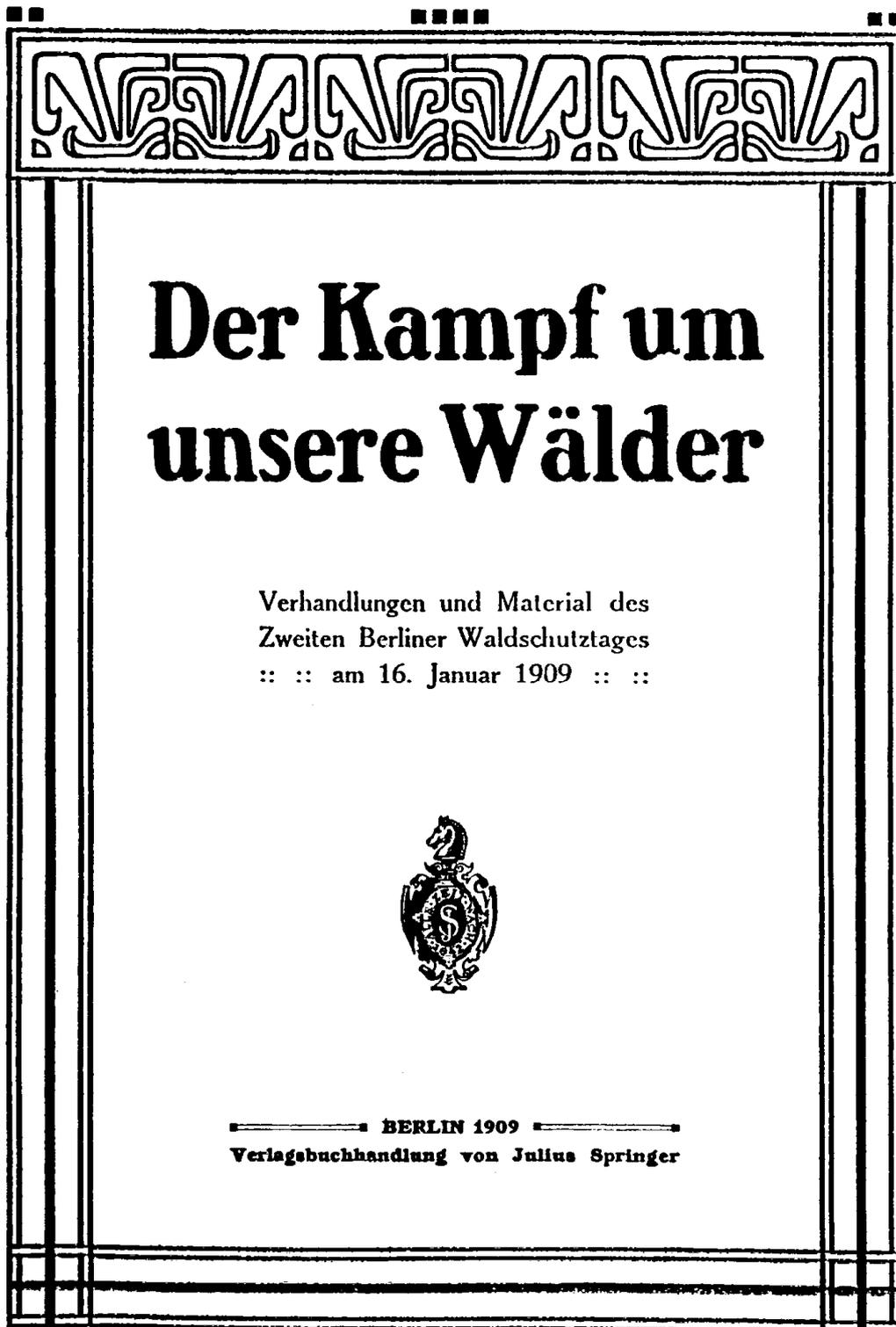


Waldemar Titzenthaler: Der Reichskanzlerplatz 1907

Das Foto zeigt den Reichskanzlerplatz (heute Theodor-Heuss-Platz) in Charlottenburg mit den bereits fertig gestellten Ausgängen des U-Bahn-Bahnhofs 1907. Die U-Bahn (gebaut von der Hochbahngesellschaft) wurde 1908 in Betrieb genommen und erschloss das neue Wohnviertel Westend.

Im Hintergrund sieht man wie der Grunewald durch die Bebauung und die breite Trasse der neuen Heerstraße bereits zerschnitten und verkleinert wurde.

Am Rande des Platzes werden auf einer Tafel Baugrundstücke zum Verkauf angeboten.



# Der Kampf um unsere Wälder

Verhandlungen und Material des  
Zweiten Berliner Waldschutztages  
:: :: am 16. Januar 1909 :: ::



— ■ BERLIN 1909 ■ —  
Verlagsbuchhandlung von Julius Springer

Preis 80 Pfennig.

Hier die **Teilnehmer-Organisationen** beim **2. Berliner Waldschutztage 1909** (aus: Der Kampf um unsere Wälder 1909, Anhang) sortiert nach Gruppen

(kursiv Informationen zu den Organisationen/Personen aus WIKIPEDIA 3/2015)

- **Ansiedlungsverein Groß-Berlin (Dr. K. von Mangoldt)**  
*(Karl von Mangoldt 1868-1945) – deutscher Wohnungsreformer und Sekretär des „Instituts für Gemeinwohl“, Mitarbeit Zeitschrift „Soziale Praxis“, 1898 Gründer und Geschäftsführer des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ (urspr. Name „Verein Reichswohnungsgesetz“), zahlreiche Schriften zur Boden- und Wohnungsfrage, z.B. „Die städtische Bodenfrage, Göttingen 1907 –online unter <http://dlib-pr.mpg.de/index.htm> zu lesen oder „Wie ist die Neugestaltung Groß-Berlins durchzuführen? 1910*
- **Berliner Waldschutzverein (Geh. Med-Rat Prof. Dr. Ewald)**
- **Bund Deutscher Bodenreformer (Aldolf Damaschke)**  
*1898 von Adolf Damaschke (1865-1935, Volksschullehrer) gegründet, er fungierte auch als Vorsitzender, vorher war er Schriftführer von „Der Naturarzt“, beeinflusst von A. Wagner beschäftigte er sich mit Fragen der Bodenreform; Schriften: „Die Bodenreform Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not“ (1913), Initiierte den Bodenreformartikel §155 in der Weimarer Verfassung.*
- **Deutsche Gartenstadt- Gesellschaft (B. Kampffmeyer)**  
*DGG = 1902 gegründete Gesellschaft, orientiert an der englischen Gartenstadt-Bewegung (auf den Ideen E. Howards), die das Leben im Grünen mit Selbstversorgung in Einfamilienhäusern förderte, erste Gartenstadt in Deutschland war 1906 Hellerau bei Dresden, Gründer u.a. Bruderpaar Bernhard (1867-1942, Publizist, Lebensreformer) und Paul Kampffmeyer, spätere Vorstandsmitglieder u.a. Peter Behrens, Hermann Muthesius; Ziel auch der Genossenschaftliche Besitz des Grund und Bodens*
- **Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz (Prof. Wetekamp)**  
*1904 von dem Musiker und Naturschützer Ernst Rudorff gegründete reichsweite Vereinigung zum Schutz der deutschen Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart. Teilweise Verbindung zur Völkischen Bewegung. Heute überwiegend Themen der Kulturlandschaftspflege. Wilhelm Wetekamp (1859-1945) war ein Reformpädagoge und Politiker der freisinnigen Volkspartei und von 1894-1903 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus. Mitbegründer der deutschen Naturschutzpolitik.*
- **Mieterbund Groß-Berlin (Prof. O. Spruth)**  
*Es gab seit 1900 den deutschen Mieterbund sowie auf lokaler Ebene bereits seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts z.B. Verein der Berliner Wohnungsmieter, aus dem sich dann der konservative Mieterbund Groß-Berlins entwickelte.  
Info aus: <http://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0611/061124a.htm>  
s.a. <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2014/me-single/article/zwischen-mieterstreik-und-staatlicher-regulierung.html>*
- **Verbündete Frauenvereine Groß-Berlin (M. Cauer)**
- **Verein der Vororte Berlins zur Wahrung gemeinsamer Interessen (F. Freise, Wilhelmshagen; P. Kunzendorf, Zehlendorf; Dr. Over, Stadtrat, Potsdam)**

#### **Gewerkschaften/Standesorganisation**

- **Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.D.)**  
*1868 gegründete liberale Gewerkschaft, (seit 1919 Teil des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten und Beamtenverbände), gegründet von Max Hirsch und Franz Duncker. Ziel Sozialreform im Sinne englischer Trade Unions. Um 1910 aber wesentlich kleiner als freie und christliche Gewerkschaften.*
- **Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kreisverein Berlin (O. Leffler)**  
*1893 gegründete ständische Interessensvertretung kaufmännischer Angestellter (christlich-soziale Bewegung, antisemitisch)*
- **Architekten-Verein zu Berlin (Stübben)**  
*1824 als Architekten-Verein zu Berlin e.V., gegründet, zur Vertiefung der künstlerischen und kunsthistorischen Ausbildung, Gründungsmitglieder u.a. F.A. Stüler, Schinkel war Mitglied, Hobrecht, Hoffmann u.a.*
- **Bund der techn. Industr. Beamten (Lüdemann)**  
*1904 gegründet, ging 1919 zusammen mit dem deutschen Techniker-Verband in den Bund der technischen Angestellten und Beamten ein, gaben ein Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industrie-Beamten heraus.*
- **Kartell der Christlichen Gewerkschaften Berlins und Umgebung (J. Becker)**

#### **Lehrer/Wissenschaft**

- **Berliner Gymnasiallehrer-Gesellschaft (Realschuldirektor Prof. Dr. Johannesson)**

- **Berliner Gymnasiallehrer-Verein (Prof. DR. Meltmann)**
- **Berliner Lehrerverein (G. Herter)**
- **Verein der Schöneberger Lehrerinnen (Schäfer)**
- **Volksschullehrerinnen in Gr.-Lichterfelde**
- **Verein zur Förderung des Mathematisch und naturwissenschaftlichen Unterrichts, Ortsgruppe Groß-Berlin (Dr. Fedde)**
- **Ausschuß der wissenschaftlichen und gemeinnützigen Vereine zur Erhaltung der Grunewald-Moore (Dr. Fedde)**
- **Verein für die Geschichte Berlins (Dr. Beringuier)**

#### **Gesundheit/Soziales/Sport**

- **Deutscher Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin e.V. (Sanitätsrat Dr. Beerwald)**
- **Deutscher Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke (Generalsekretär J. Gonser)**
- **Gesellschaft für soziale Reform, Ortsgruppe Berlin (Geh. Regierungsrat Dr. Flügge)**  
*1901 gegründete noch existierende Vereinigung für Sozialreformen (jetzt Gesellschaft für sozialen Fortschritt) für Arbeitsmarktpolitik, soziale Sicherung, geht zurück auf Gruppe um von Berlepsch und später Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz in Paris, Generalsekretär E. Francke*
- **Bureau für Sozialpolitik (Prof. Dr. E. Francke)**
- **Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte (Simanowski)**  
*(Schriften z.B. : Alkohol und Gesundheit 1910)*
- **Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilkunde) (C. Braun)**  
*1899 gegründet als Deutscher Bund der Vereine für Gesundheitspflege und arzneilose Heilweise , 1900 umbenannt, Herausgeber „Der Naturarzt“, 1912 150.000 Mitglieder, heute „Deutscher Naturheilbund“*
- **Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge e.V. (D. Fhr. Von Soden)**  
*1900 gegründeter Deutscher Centralverein für Fürsorge für die schulentlassene Jugend, umbenannt 1901 in Deutscher Centralverein für Jugendfürsorge, Zeitschrift „Jugendfürsorge“, 1901 Tochtergründung Centralstelle für Jugendfürsorge in Berlin aus 70 Vereinen und Organisationen. s. a. Nitsch 1997: Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich*
- **Berliner Zentral-Verband zur Bekämpfung des Alkoholismus (Vorsitzender Dr. jur. et med. von Strauß und Torney)**
- **Ausschuß der Berliner Turngaue**  
*1848 Gründung der Turngemeinde Berlin, 1868 Zusammenschluß der Turnvereine in Deutschland zur deutschen Turnerschaft, aber danach Streitereien um wahres Turnen, 1885 neuer Dachverband „Gemeinsamer Ausschuss der Berliner Turngaue s.a. <http://manfred-nippe.de/?p=236>*
- **Brandenburgischer Distrikt des Internationalen Guttempler-Ordens**  
*Guttempler - 1851 in USA als Abstinenzorganisation (Enthaltsamkeit, Brüderlichkeit, Frieden) gegründet, nach 1873 auch in Deutschland.*
- **Jakob-Plaut-Stiftung Berlin (Amtsgerichtsrat Dr. Liepmann)**  
*Jacob Plaut – jüdischer Bankier in Leipzig (1817-1901), Gründung der Stiftung für jüdische und christliche Wohlfahrtspflege*

# Die Berliner Waldverwüstung und verwandte Fragen

Die Waldfrage · Der kommunale  
Besitz · Öffentliche Parks und  
: Anlagen · Scheunenviertel :  
Tempelhofer Feld · Staats- u.  
Staatsrechtliches · Reformwege  
Andere Städte

Von

**Hermann Röttsche**

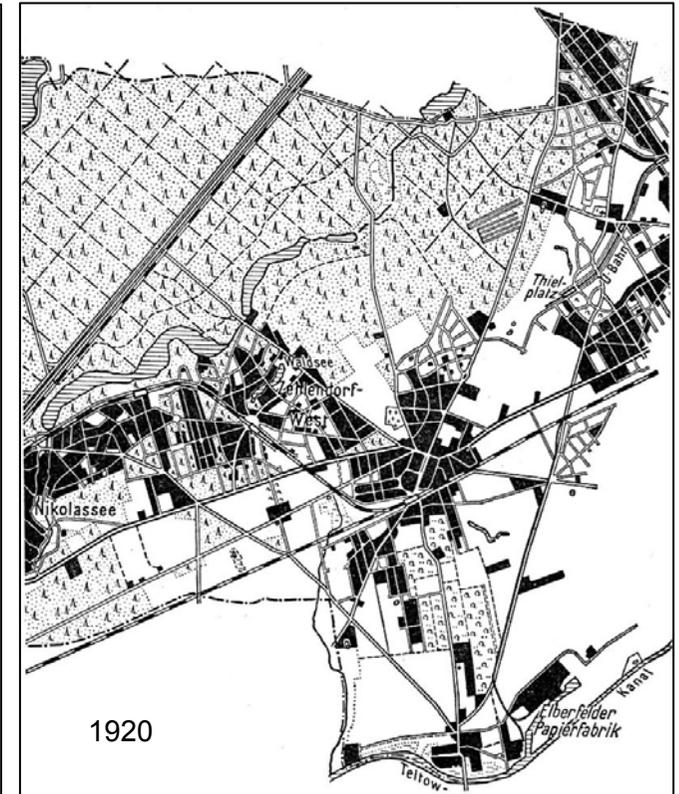
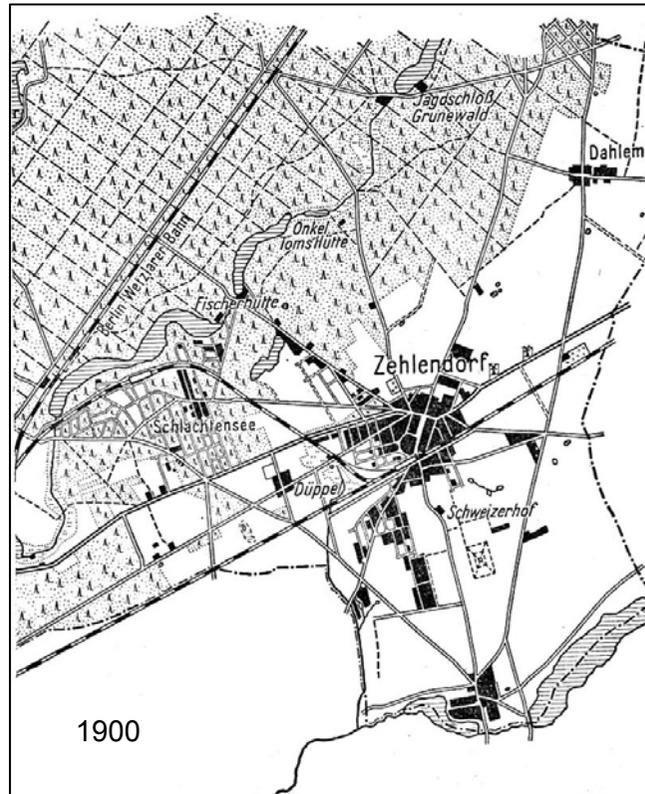
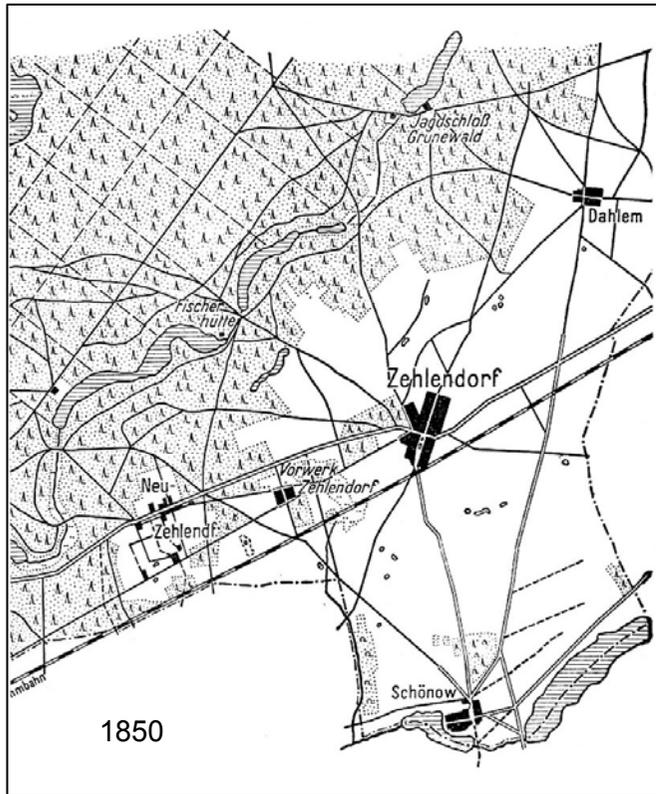
---

**Preis 1.30 Mark**

---

**1910**

Herausgegeben und im Verlage vom Ansiedlungsverein  
Groß-Berlin, Berlin-Schöneberg, Grunewald-Straße 30



**Entwicklung Zehlendorfs von 1850 bis 1920 (aus: Behm 1957: Zehntausend Jahre Grunewald, verändert).**

Behm schreibt dazu, dass um 1850 nur die erste Eisenbahn (die sogenannte Stammbahn) zwischen Berlin und Potsdam die Waldeinsamkeit stört. Es leben etwa 800 Dörfler in Zehlendorf.

Um 1900 gibt es zusätzlich die Bahnlinie von Berlin nach Wetzlar, die nun den Forst durchschneidet und laut Behm zunehmend Besucher in den Wald bringt. Zehlendorf ist bedeutend größer geworden, am Schlachtensee und nördlich von Dahlem hat die Parzellierung für die Bebauung begonnen.

Um 1920 wird deutlich, wie sich die Bebauung in den Wald und an die Seeufer ausgebreitet hat und durch die Verkehrserschließung wie z.B. durch die U-Bahn gefördert wird.

**Aus der Berliner Volkszeitung vom 6.2.1910**

*„Schutz unseren Wäldern“*

*Der Zentralausschuss für die Wald- und Ansiedlungsfrage wendet sich zur Verhütung weiterer Waldschlächtereien an das Publikum mit folgenden von 500 im öffentlichen Leben Berlins bekannten Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf:*

„Der wertvollste Teil des deutschen Nationalvermögens, die Kraft des Volkes zu Arbeit und Wehr, ist durch die Zerstörung der Wälder und Naturschönheiten in der Nähe der Städte auf das schwerste bedroht. Diese Überzeugung treibt die Unterzeichneten, alle beteiligten für Groß-Berlin ernst und dringend zu einer erlösenden Tat aufzurufen!

Trotz aller Klagen und Proteste schreitet die Verwüstung der Berliner Wälder unaufhaltsam fort. Nachdem bereits vieles unwiderbringlich dahin ist, droht jetzt die Axt großen Teilen des Grunewalds, der Jungfernheide und der Wälder in der Gegend der Oberspree und am Müggelsee, ja selbst eine solche Perle der Naturschönheit wie der Pichelswerder soll angetastet werden. Dabei sind es gerade die nächstgelegenen und darum für die Bevölkerung notwendigsten und wertvollsten Waldgebiete, welche in besonders hohem Grade der Zerstörung anheimfallen. Immer weiter, immer kostspieliger wird auf diese Weise der Weg ins Freie. Es gibt heute schon in Berlin hunderttausende Erwachsener, die kaum noch einen Feiertag hinauskommen, es gibt hier zehntausende von Kindern, die fast nie mehr einen Wald oder ein Kornfeld erblicken und deren Lebenshorizont ihr enger Hof und die graue Straße ist. Eine furchtbare Verantwortung laden diejenigen auf sich, die diese Zerstörung bewirken oder ihr wenigstens nicht wehren.

Die Unterzeichneten fühlen diese allgemeine Not als ihre eigene mit. Sie und Hunderttausende mit ihnen sind bereit, durch ihre Gemeinden Opfer, selbst wesentliche Opfer zu bringen, aber Abhilfe muss geschaffen werden, und zwar schleunigst! Die näher gelegenen noch vorhandenen Wälder und Naturschönheiten müssen unbedingt möglichst in vollem Umfange gerettet, aber auch in weiterer Entfernung muss für alle Zukunft ausreichender Bestand jetzt schon dauernd gesichert werden.

Zu diesem Ende ist folgendes zu fordern:

Erstens der Forstfiskus muss in der Berliner Umgegend mit allen Verkäufen, Verpachtungen und dergleichen, durch welche Wälder oder Naturschönheiten geopfert werden, einhalten, bis durch ein großes planmäßiges Uebereinkommen mit den beteiligten Gemeinden und Kreisen die dauernde Erhaltung der notwendigen Wälder und Naturschönheiten gesichert ist. In Zukunft dürfen diese Wälder und Gebiete nur zu eben diesem Zwecke der dauernden Erhaltung vergeben werden, und zwar an die gemeinden und Kreise und zu Preisen und Bedingungen, bis die Erreichung des vorschwebenden Zieles möglich machen.

Zweitens die Groß-Berliner Gemeinden und Kreise müssen nicht nur ihren jetzigen Besitz an Wäldern und Naturschönheiten erhalten, sondern auch in großem Maßstabe und selbst unter Aufwendung erheblicher Opfer hinzu erwerben. Durch Gründung eines Zweckverbandes sind die erforderlichen Lasten in gerechter Weise auf die beteiligten Gemeinden und Kreise zu verteilen.

Drittens ist auch der Verwüstung der im Privatbesitz befindlichen Wälder und Naturschönheiten in der Berliner Umgegend schleunigst Einhalt zu tun durch Ankäufe der öffentlichen Körperschaften, durch ortsstatutarische Vorschriften und durch Maßregeln der Gesetzgebung.

Mitbürger! Das Wohl des Volkes wie die Ehre der Reichshauptstadt verlangen, dass das Rettungswerk endlich zustande kommt, und Sache aller in Betracht kommender Vereine und Körperschaften ist es, die große Sache in Fluss zu halten und vorwärts zu treiben. Was jetzt verloren geht, ist für alle Zukunft dahin. Jeder tue in seinem Kreise, was er kann! Der Kampf um die Berliner Wälder und Naturschönheiten darf nicht zur Ruhe kommen, ehe das Ziel erreicht ist!“

*Unter den Unterzeichnern befinden sich als Mitglieder öffentlicher Körperschaften unter anderen:*

*Herrenhaus: D. Dryander, Oberhofprediger. v. Hollmann, Admiral, Staatssekretär a. D., Exzellenz. Dr. Koch, Wirklicher Geheimer Rat, Reichsbankpräsident a. D. Otto Freiherr von Manteuffel, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Herrenhauses, Landesdirektor der Provinz Brandenburg. Professor Gustav v. Schmoller. Professor Dr. Slaby, Geheimer Regierungsrat. Schusteruhs, Oberbürgermeister von Charlottenburg. Professor D. Dr. Aldolph Wagner, Wirklicher Geheimer Rat,*

*Abgeordnetenhaus: Professor Dr. Liszt, Geheimer Justizrat. Reinbacher, Justizrat, Stadtverordnetenvorsteher von Schöneberg.*

*Reichstag: August Bebel. Mathias Erzberger. Wolfgang Heine. Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. D. Friedrich Naumann. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Paasche. Schrader. Dr. Albert Südekum. Albert Träger, Geheimer Justizrat. Graf v. Westarp. J. Wiedeberg, Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.*

*Städtische Körperschaften: Eduard Bernstein, Stadtverordneter in Schöneberg. Hugo Deutsch, Stadtverordneter. Michelet, Stadtverordnetenvorsteher von Berlin. Professor Dr. Hugo Preuß. Wilde, Oberbürgermeister von Schöneberg.*

*Architekten und Techniker: Max Sonntag, Kgl. Baurat. Professor Felix Genzmer, Geheimer Hofbaurat. Albert Geßner, Architekt. Julius Habicht, Regierungs- und Baurat. Hermann Jansen. Professor Dr. ing. H. Müller-Breslau, Geheimer Regierungsrat. Professor Dr. H. Muthesius, Geheimer Regierungsrat.*

*Aerzte: Professor Dr. Adolf Baginski, Geheimer Medizinalrat. Professor Dr. August Bier. Professor Dr. E. Bumm, Geheimer Medizinalrat. Professor Dr. Eulenburg, Geheimer Medizinalrat. Professor Dr. C. A. Ewald, Geheimer Medizinalrat. Dr. A. Grotjahn, Herausgeber der „Zeitschrift für Soz. Medizin“. Professor Dr. Robert Koch, Wirklicher Geheimer Rat.*

*Militärs: v. Amann, General der Infanterie z. D. Dr. ing. O. Boeters, Konteradmiral z. D. von Pappritz, Generalleutnant z. D.*

*Theologen und Geistliche: D. Faber, Generalsuperintendent von Berlin. Professor Dr. Adolph Harnack, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat. Professor Dr. Kaftan, Oberkonsistorialrat. D. Kessler, Generalsuperintendent. C. Kleineidam, Fürstbischöflicher Delegat und Probst zu St. Hedwig. D. Koehler, Generalsuperintendent. Lahusen, Oberkonsistorialrat. Professor Dr. Maybaum, Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums.*

*Juristen: Professor Dr. Paul Alexander-Katz, Justizrat. Professor Dr. Heinrich Brunner, geheimer Justizrat. Dr. A. Coing, Senatspräsident. Professor Dr. Otto Gierke, Geheimer Justizrat. Professor Dr. Josef Kohler. Mosse, Justizrat. Ollenroth, Amtsgerichtsrat. Dr. Sello, Justizrat.*

*Geisteswissenschaften: Professor Dr. Hans Delbrück. Professor Dr. Friedrich Delitzsch, Geheimer Regierungsrat. Professor Dr. H. Herckner. Professor Dr. Jastrow.*

*Naturwissenschaften: Dr. Leo Arons. Professor Dr. Adolf Engler, Geheimer Oberregierungsrat, Direktor des Botanischen Gartens. Professor Dr. L. Heck, Direktor de Zoologischen Gartens. Professor Dr. Albrecht Penck. Professor Dr. H. Potonié. Dr. P. Schwahn, Direktor der Urania. Professor Dr. G. Schwendener, Geheimer Regierungsrat.*

*Verwaltungsbeamte: Professor Dr. v. Falke, Direktor des königlichen Kunstgewerbemuseums. Dr. Reinhold Koser, Generaldirektor der Staatsarchive.*

*Frauen: Rosa Bertens-Block. Minna Cauer. Helene Lange. Else Lüders. Ellen v. Siemens, geb. v. Helmholtz.*

*Pädagogen: Konrad Agahd. H. Gallee, Ehrenvorsitzender des Berliner Lehrervereins. Professor Dr. Ludwig Gurlitt, Oberlehrer. G. Herter, Vorsitzender des Berliner Lehrervereins. W. Päßler, Lehrer, Redakteur der „Pädagog. Ztg.“. G. Roehl, Vorsitzender des deutschen Lehrervereins.*

*Schriftsteller und Presse: Die Chefredakteure zahlreicher Berliner Zeitungen. Professor Dr. Eduard Engel. Professor Dr. Karl Frenzel. Dr. Ludwig Fulda. H. v. Gerlach. Carl Hauptmann. Hermann Heijermans. Dr. Paul Lindau. Rudolf Mosse. Friedrich Spielhagen. Heinz Tovote. Johannes Trojan. Dr. Bruno Wille.*

*Künstler: Albert Bassermann, Schauspieler. Professor Reinhold Begas, Mitglied der Akademie. Professor Gustav Hollaender, Direktor des Sternschen Konservatoriums. Friedrich Holthaus, Regisseur und Schauspieler. Engelbert Humperdinck, Komponist. Professor Freidrich Kallmorgen, Mitglied der Akademie. Professor Arthur Kampf, Präsident der Kgl. Akademie der Künste. Friedrich Kayssler, Schauspieler. Professor Ludwig Knaus, Mitglied der Akademie. Lilli Lehmann, Kgl. Preuß. und k.k. Kammersängerin. Professor Max Liebermann, Mitglied der Akademie. Dr. Raphael Löwenfeld, Direktor des Schillertheaters. Dr. Karl Muck, Kgl. Hofkapellmeister. Professor Siegfried Ochs, Direktor des Philharmonischen Orchesters. Georg Paeschke, Schauspieler. Max Patteg, Regisseur. Oskar Sauer, Schauspieler. Alfred Scherres, Landschaftsmaler. Professor Rudolf Schulte im*

*Hofe, Vorsitzender des Vereins Berliner Künstler. Professor Franz Skarbina, Mitglied der Akademie. Professor Max Slevogt, Maler. Edm. V. Strauß, Kgl. Hofkapellmeister. Vollmer, Kgl. Hofschauspieler. Vertreter von Handel und Gewerbe: Conrad von Borsig, Kommerzienrat, zweiter Vizepräsident der Potsdamer Handelskammer. Fritz Gugenheim, Mitglied der Handelskammer. W. Herz, Geheimer Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer zu Berlin. Dr. J. Loewe, geh. Kommerzienrat, Mitglied der Handelskammer. Marggraf, Kommerzienrat, Präsident der Potsdamer Handelskammer. Oskar Meyer, Syndikus der Handelskammer und Stadtverordneter. James Simon, Mitglied der Handelskammer. Oskar Tietz.*

*Vertreter von Organisationen: Professor Dr. H. Albrecht, Geschäftsführer der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Jos. Becker, Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftskartells. Adolf Damaschke, Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer. Professor Dr. E. Francke, Herausgeber der „Soz. Praxis“. Dr. Jablonski, Schriftführer des Berliner Waldschutzvereins. B. Kampfmeyer, erster Vorsitzender der Deutschen Gartenstadtgesellschaft. Albert Kohn, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Alwin Körsten, Gewerkschaftssekretär. Knobloch, Oberbürgermeister a. D., Direktor des Hansabundes. Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Dr. K. v. Mangoldt, Vorsitzender des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin und Generalsekretär des deutschen Vereins für Wohnungsreform. Robert Mielke, Schriftführer der Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz. Professor Dr. Riesser, Geheimer Justizrat, Präsident des Hansabundes. Professor H. Sohnrey, Vorsitzender des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege. J. Teus, Generalsekretär der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Professor W. Wetekamp, Geschäftsführer d. Brandenb. Prov. Komm. F. Nat.-Denkm.-Pfl. und zweiter Vorsitzender der Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz.*

Aus dem Berliner Tageblatt vom 7. April 1910

„Schutz unseren Wäldern“

Von Dr. K. von Mangoldt. (*Gründer des Deutschen Vereins für Wohnungsreform*)

Die Berliner Waldfrage, die so oft schon in diesen Spalten behandelt worden ist, geht weit über den Rahmen einer Berliner Lokalfrage hinaus, nicht nur weil sie die Reichshauptstadt betrifft, sondern namentlich auch, weil hier eine wahre Entscheidungsschlacht für das ganze Land zwischen engherzigstem Fiskalismus einerseits und den wichtigsten Volks- und Kulturinteressen andererseits ausgefochten wird. Mit dem großen Aufruf „Schutz unseren Wäldern“, der im Berliner Tageblatt veröffentlicht wurde, haben die Vorkämpfer der Walderhaltung einen Streich geführt, der den Gegnern das Geschäft der Waldverwüstung denn doch wesentlich verderben dürfte. *Viribus unitis* – mit vereinten Kräften! Das war die Parole, und mit einer Einmütigkeit, wie sie wenigstens in irgendwie politischen Dingen bisher wohl noch nie in Deutschland erreicht worden ist, haben sich die hervorragendsten Vertreter aller Stände und Schichten, soweit sie Berliner sind oder zu Berlin besondere Beziehungen haben, gegen die mörderische Politik des Forstfiskus, gegen kommunale Engherzigkeit und gegen private Profitgier, die zusammen die Berliner Waldverwüstung bewirken, gewendet und sich diesen unheilvollen Kräften gegenüber um ein großes und klares Reformprogramm geschart. Diese Einmütigkeit geht so weit, daß der Präsident des preußischen Herrenhauses und August Bebel gleichmäßig zu den Unterzeichnern gehören, dass die ersten Berliner Aerzte wie zum Beispiel Koch und Eulenburg, die hervorragendsten Berliner Nationalökonomien, wie Schmoller, Wagner, Lessing, die Führer in Industrie, Handel und Gewerbe, die Männer des Städtebaus, die Künstler, die Vertreter einer Unzahl wichtiger Standesorganisationen, die Geistlichkeit, Presse, Literatur sich vereinigt haben, kurz, dass in mehr als vierhundert Unterschriften so ziemlich die ganze Blüte des Berliner geistigen und sozialen Lebens vereinigt ist. Wer Volksbewegungen und das öffentliche Leben kennt, der weiß, dass so etwas auch mit den größten Anstrengungen sich nicht willkürlich machen lässt, sondern nur möglich ist auf dem Untergrunde von Uebelständen und Bedürfnissen, die so groß und dringend geworden sind, dass Abhilfe und Befriedigung unbedingt und schleunigst erforderlich erscheinen.

Die leitenden Reformgedanken des Aufrufs sind folgende: Der Forstfiskus soll mit seinen unausgesetzten und skandalösen Waldverwüstungen nunmehr endlich einhalten; es soll ein großes Abkommen mit den beteiligten Gemeinden und Landkreisen getroffen werden, kraft dessen diese einen großen Teil der Wälder übernehmen und der notwendige Waldbestand für alle Zeiten gesichert wird; die kommunalen Körperschaften sollen für diese Zwecke erhebliche Opfer bringen, die durch einen Zweckverband in gerechter Weise zu verteilen wären; endlich soll auch die Erhaltung der im Privatbesitz befindlichen Wälder und Naturschönheiten durch Ankäufe der öffentlichen Hand und andere Maßnahmen herangegangen werden. Es zeigt die Notwendigkeit und innere Berechtigung dieses Reformprogramms, dass ungefähr gleichzeitig mit dem Waldaufrufe jetzt noch verschiedene andere bedeutsame Aktionen in der Berliner Waldfrage vor sich gehen, die sich ungefähr auf der gleichen Linie und auf die gleichen Ziele zu bewegen. Erstens haben sich vor kurzem die Vertreter der Stadt Berlin, der bedeutendsten Vororte und der beiden Kreise Niederbarnim und Teltow gemeinsam in einer Denkschrift an die Staatsregierung gewandt, in welcher gleichfalls ein größeres, -planmäßiges Uebereinkommen zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Körperschaften zum Zwecke der Erhaltung des notwendigen Waldbestandes und Uebernahme dieses letzteren durch eben diese kommunalen Körperschaften vorgeschlagen wird. Weiter hat ebenfalls vor kurzem der Brandenburgische Provinziallandtag eine Kommission eingesetzt, um, falls das oben erwähnte kommunale Vorgehen nicht zum Ziele führen sollte, seinerseits gemeinsam mit der Stadt Berlin einzugreifen, und zwar ungefähr in dem gleichen Sinne, wie es eben dargelegt worden ist. Drittens sehen selbstverständlich auch die jetzt preisgekrönten Entwürfe für den Generalbebauungsplan für Groß-Berlin eine weitgehende planmäßige Walderhaltung vor. Wir brauchen in dieser Richtung nur auf den in erster Linie stehenden Jansenschen Entwurf zu verweisen.

Viertens und vor allem aber läuft jetzt mit all diesen Aktionen parallel ein äußerst wichtiges Vorgehen im Abgeordnetenhaus. Abgesehen davon, dass im Anschluss an die letzte große Walddebatte am 3. Februar d.J. ein Antrag v. Brandenstein (*Anmerkung Hans von Brandenstein, Deutschkonservative Partei im Abgeordnetenhaus*), der die Walderhaltung in der Umgebung volkreicher Städte zum Zweck hat, an die verstärkte Gemeinde-Kommission überwiesen worden ist, hat der nationalliberale Abgeordnete v. Bülow-Homburg, der sich bereits um diese Dinge sehr verdient gemacht hat, unter dem 12. März d.J. mit Unterstützung seiner Fraktionskollegen folgenden Antrag eingebracht, der bei seiner Wichtigkeit wörtlich aufgeführt sei:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen,

1. die fiskalischen Waldparzellen in der Umgebung volkreicher Städte möglichst nur an die beteiligten Gemeinden oder zu bildenden Zweckverbände behufs dauernder Erhaltung und zu Preisen und Bedingungen, welche die die Erreichung dieses Zieles möglich machen, zu vergeben,
2. über die Erhaltung der Wälder und Naturschönheiten in der Umgebung Berlins alsbald durch Vereinbarungen mit den beteiligten Gemeinden und Kreisen einen umfassenden Plan aufzustellen, bis zu dessen Feststellung die Niederlegung forstfiskalischer Waldstücke in der Berliner Umgegend, einerlei ob durch Verkauf, Verpachtung oder sonst wie, einzustellen und dem Landtag über das Ergebnis dieser Bemühungen bei der nächsten Etatberatung einen Bericht vorzulegen.“

Man kann nur wünschen, dass das Abgeordnetenhaus diesen Antrag, der in der Tat durchaus ins Schwarze trifft, so bald wie nur möglich berät und dabei endlich einmal jene Energie aufwendet, die es bisher leider hat vermissen lassen. Das bisherige Verhalten des preußischen Forstfiskus unter dem Minister v. Arnim und dem speziellen Dezernten für die Berliner Waldfrage, dem Landforstmeister Wrobel, hat gezeigt, dass es mit der sanften Tonart, welche die parlamentarischen Körperschaften bisher eingeschlagen haben, nicht getan ist. Die Waldverwüstung schreitet trotz aller Anklagen und Protest bis auf den heutigen Tag ruhig weiter, wie insbesondere auch die vor kurzem vom Ansiedlungsverein Groß-Berlin veröffentlichte Schrift „Die Berliner Waldverwüstung und verwandte Fragen“ beweist. Den beiden oben genannten verantwortlichen Herren muss endlich mal mit dem nötigen Nachdruck vom Parlamente klargemacht werden, dass ihre geradezu mörderische Behandlung der Berliner Waldfrage nicht nur keine Spur von jener Kulturpolitik zeigt, welche die Gegenwart unbedingt zu fordern berechtigt ist, sondern dass sie sogar noch tief unter jener traditionellen Berücksichtigung der wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit der Nation zum unverrückbaren Leitstern hatte.

## **Auszüge aus dem Berliner Dauerwaldvertrag, verhandelt am 27. März 1915 zwischen dem Königlich Preußischem Staat und dem Zweckverband Groß-Berlin**

§ 1: *der Fiskus verkauft an den Verband Groß Berlin die auf den beiliegenden Karten im Maßstabe 1:5000 mit einer grünen Linie umgrenzten Flächen, die auch in der Örtlichkeit durch Hügel und Ölfarbenanstrich an den Grenzbäumen kenntlich gemacht sind, in einer ungefähren Größe von 10.000 ha. ....*

§ 2: *Der Kaufpreis wird auf 50 Pfennig für jedes übereignete qm festgesetzt. Die von den Charlottenburger Wasserwerken für einzelne Belastungen des Grunewalds bereits geleisteten Kapitalabfindungen werden in Höhe von 850.000 M. auf den Kaufpreis angerechnet. Die Anzahlung beträgt 5 Millionen Mark und ist bei der Auflassung zu leisten. Erfolgt die Übergabe vor der Auflassung, so wird die Anzahlung am Übergabetag fällig. Das Restkaufgeld ist unverzinslich und wird in Jahreszahlungen von je 3 Millionen Mark getilgt. Die erste Jahreszahlung ist ein Jahr nach der Anzahlung fällig.*

§ 4: *der Käufer verpflichtet sich,*

- 1. dem Verkäufer den Gebrauch des in den Jagen 60 und 61 der Oberförsterei Grunewald in einer Länge von 340 m und einer Breite von 294,1 m bereits eingezäunten Grundstücks als Turn-, Spiel- und Sportplatz für die Studierenden der Hochschulen Groß-Berlins unentgeltlich zu gestatten; der Gebrauch umfasst auch die Befugnis, alle Baulichkeiten und Anlagen zu errichten, die dem erwähnten Zweck zu dienen geeignet sind.; der Käufer verpflichtet sich ferner, dem Verkäufer den Zugang zu dem Platz auf je einem Fahrwege von befestigten Straßen aus und zwar von Westen und von Osten her zu gestatten;*
- 2. dem Verkäufer den Gebrauch eines Grundstückes im Jagen 58 der Oberförsterei Grunewald von 12,5 ha Größe zum Zwecke der Anlegung und Benutzung eines Pflanzgartens einschließlich der erforderlichen Baulichkeiten unentgeltlich zu gestatten; der Käufer verpflichtet sich ferner, dem Verkäufer die erforderlichen Zuwege zu dem Pflanzgarten zu gestatten.*

*Zu Nr. 1 und 2 gilt weiter folgendes: Der Käufer ist zur Zurückforderung der geliehenen Grundstücke oder zur Kündigung der Leihverträge nur dann berechtigt, wenn der Zweck der Leihe fortgefallen ist...*

§ 5: *Die Übergabe erfolgt am 1. April 1915. Die Auflassung erfolgt unverzüglich nach Beschaffung der erforderlichen Unterlagen.*

**§ 6: *Der Käufer verpflichtet sich, die gekauften Grundstücke ausschließlich zur Erfüllung des im §1 Abs. 1 Ziffer 3 des Zweckverbandsgesetzes für Gross-Berlin vom 19. Juli 1911 (Gesetzsammlung S. 123) bezeichneten Aufgaben zu verwenden und in ihrem wesentlichen Bestande als Waldgelände zu erhalten. Er verpflichtet sich, die gekauften Grundstücke weder ganz oder teilweise zu veräußern noch mit dinglichen Rechten zu belasten.***

*Ausnahmen kann das Staatsministerium zulassen.*

*Die vorstehenden Verbote und Beschränkungen gelten nicht für Gelände, das für den Bahnkörper von Eisenbahnen und Kleinbahnen einschließlich der Bahnhöfe, Wärterhäuser und Stellwerke und für öffentliche Wege erforderlich ist.*

*Einigkeit besteht, dass der Käufer ohne weiteres befugt ist, Wassergewinnungsanlagen, Erholungsanlagen, und Gastwirtschaften einzurichten, zu betreiben oder durch andere betreiben zu lassen.*

*Der Verband Groß Berlin verpflichtet sich, den Erlös aller Veräußerungen zum Erwerb von Ersatzflächen zu verwenden. Diese Ersatzflächen unterliegen allen für das **Dauerwaldgebiet** in diesem Verträge vorgesehenen Beschränkungen.*

## Zitate zum Thema Waldverkauf und Freiflächenerhalt aus der Zeit zwischen 1893 und 1909

### **Freiflächen in Gemeinbesitz:**

„dass es bei der zunehmenden Bebauung der Umgebung von Berlin aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege notwendig ist, **größere Gelände in unseren Gemeindebesitz** zu bringen, um so der wachsenden Bevölkerung der Reichshauptstadt für die ferne Zukunft die Gelegenheit der Erholung und Erfrischung im Freien und Walde zu sichern aus dem Antrag im Jahr **1893** der Stadt Berlin vom Preußischen Staat Wald zu kaufen, zit. in: Klees, M. 1964: Der Berliner Waldbesitz im Wandel der Zeiten, AFZ 29, S. 467

### **zur qualifizierten Entwicklung von Grünflächen:**

„Wir ....erheben Protest gegen die Absicht des Fiskus, einen wesentlichen Teil des Grunewalds, den man mit Recht die **Lunge Berlins** genannt hat, der 'Bebauung zu erschließen', d.h. zu vernichten. Unter dem Vorgeben, man wolle den Grunewald in einen 'Volkspark', umwandeln, geht man daran, den 3 Millionen Bewohnern Groß-Berlins die **Stätten ihrer Erholung** zu nehmen, indem man auch diesen letzten Wald der näheren Umgebung Berlins vernichtet“

Protesterklärung gegen Vernichtung des Grunewaldes Berliner Tageblatt **1904**, zit. in: Mielke, H.-J. 1971: Die Kulturlandschaftliche Entwicklung des Grunewaldgebietes, S. 98.

### **Wieviel Bauland braucht Berlin?:**

„Die Tatsache vor der wir stehen, ist die, dass mehr und mehr und immer mehr Wald abgeholzt und teils als Bauland , teils als Straßenland verwendet wird, und dass uns diese Abholzung als überflüssig, brutal und schädlich erscheint. Und darum bekämpfen wir sie. Überflüssig erscheint uns diese Abholzung; denn für ihre Rechtfertigung wird behauptet, das Gelände von Berlin müsse erweitert werden, weil **Bauplätze notwendig** seien. Demgegenüber liegt durch die Arbeit der Ortsgruppen des Berliner Wald Vereins ein Zahlenmaterial darüber vor, dass eine Summe von unbebauten , parzellierten Grundstücken vorhanden ist, die den Bedarf an Bauland bei noch größerem Wachstum von Berlin auf viele, viele Jahre befriedigt.“

Dr. Jablonski, 1. Schriftführer des Berliner Waldschutzvereins auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f. d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 7.

### **Die grüne Lunge der Stadt:**

„Wenn Sie ruhig mitansehen, wie ein Stück Wald nach dem anderen schwindet, so dulden sie damit, dass ihre eigene Lunge Ihnen genommen wird und dass Sie erstickt werden. Sie werden die Gefahr vielleicht erst dann richtig einschätzen, wenn Sie bedenken, dass von den 37 Mill. Einwohner des preußischen Staates 3,9 Millionen, also über ein Zehntel, allein hier in Berlin atmen. Rechnen Sie die Verschlechterung der Luft durch die Industrie, durch die unhygienischen Mietskasernen dazu, und Sie müssen einsehen, wie notwendig ein **Reservoir guter Luft ist**, und dass der Umfang dieses Reservoirs niemals zu groß sein kann.

Dr. Jablonski, 1. Schriftführer des Berliner Waldschutzvereins auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f. d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 9.

### **Bodenspekulation und Terraingesellschaften (heute Projektentwickler und Bauträger):**

„Fürchten Sie die **Maulwurfsarbeit der Terraingesellschaften, die nagen und graben still unter der Fläche der Öffentlichkeit**, und vertrauen Sie nicht auf das gute Herz der Bodenspekulanten!“

Dr. Jablonski, 1. Schriftführer des Berliner Waldschutzvereins auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f. d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 9.

### **Waldgenossenschaft:**

„Angestrebt wird von uns die Erhaltung der Wälder und ihre Verwaltung im Sinne und zum Nutzen der benachbarten Bevölkerung. Das Mittel, das gesetzlich gegeben ist, scheint uns nun die **Waldgenossenschaft** zu sein. In ihr können sich Fiskus, Kommunen und Privatbesitzer zu gemeinsamen Schutzmaßregeln vereinigen“.

Dr. Jablonski, 1. Schriftführer des Berliner Waldschutzvereins auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f. d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 13.

### **Stadtplanung, Bebauungspläne, Grünflächen und Kleingärten:**

„Unendlich traurig ist also in städtebaulicher Hinsicht das Zukunftsbild von Groß-Berlin – ehemals als die dereinst schönste Stadt der Welt proklamiert – und heute? In unveränderter Gleichförmigkeit werden die 40.000 ha schöner Wälder und Felder ausnahmslos und restlos durch Errechnung, nicht von hygienischen, geschweige ästhetischen Gesichtspunkten in enge Häuserblocks zerschnitten, die nichts anderes wollen und können, als ein Maximum an Bauland für fünf- und vierstöckige Mietskasernen abzugeben.....

Wenn erst die leeren, staubigen Bauplätze, die zurzeit noch den wirklich anspruchlosen Berlinern sowohl des reichen Westens wie des weniger reichen Ostens und Nordens, besonders des Südens als ausschließliche **Spiel- und Sportplätze** dienen, alle bebaut sind, wenn mit der **Verdrängung des letzten Schrebergartens aus den inneren Vororten** diese so vielen Tausenden betriebsamer, ordentlicher Bürger als einzige Naturfreude bleibende Einrichtung wegen ihrer zu großen Entfernung von der Wohn- und Arbeitsstätte auch dahin ist, dann erst werden der breiten Masse die Augen aufgehen. Sie wird sich fragen, warum bei der **Genehmigung der Bebauungspläne** seitens der Regierung diese nicht genügend Vorsorge für die **Erholungsstätten** der 12 Millionen traf“.

Baumeister Hermann Jansen auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f.d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 13.

### **Grünflächenpflege und Parkausweisung:**

„Berlin dagegen wendete in den Jahren 1890 bis 1900 nur 6 28500M auf, also kaum die Hälfte wie London mit seinen viel älteren Ansiedlungen ringsherum. Die Berliner wenden allerdings pro Kopf auch nur die **Summe von 20 Pf. auf das Hektar Parkfläche**, die Londoner 55 Pf auf. Die inneren Vorortgemeinden drückten sich überhaupt in unverantwortlicher Weise an dieser Pflicht der Schaffung von Parks ganz vorbei, holzten sogar z. T. noch ab, was sie besaßen. Die winzigen Reklameplätze, mehr verstaubte Graspflützen und Straßenkollisionen wie Erholungsplätze, die an Stelle einzelner Häuserblocks traten, zählen kaum mit...

Um dieser bedauerlichen Praxis der Berlin zunächst umschließenden Gemeinden einen Riegel vorzuschieben, hätte die Regierung ihnen unter keinen Umständen ihren **Bebauungsplan** genehmigen sollen, wenn sie nicht mindestens **20-25 v.H. Freiland** vorsähen, zumal auch ihnen gleich Berlin sogar die vierstöckige Bebauung leider zugestanden wurde..

Baumeister Hermann Jansen auf dem 2. Berliner Waldschutztag **1909**, In: Berliner Centralausschuss f. d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 17.

### **Bauordnung und Bürgerbeteiligung**

„Wir haben es nicht nur zu tun mit der Erhaltung der Wälder, sondern wir haben es auch zu tun mit dem Jammer auf dem Gebiet der Bebauungsbestimmungen. ....

„Fort mit diesen Bauordnungen und Bebauungsplänen. Wir wollen uns nicht einengen lassen, sondern Licht und Luft haben. Jedes kapitalistische Interesse, das sich dem gegenüberstellt, muß zu Boden geworfen werden....

Da können und müssen wir die Forderung aufstellen nach dem Erlaß eines Spezialgesetzes für Groß-Berlin zu diesen Zwecken, eines Baugesetzes. Das würde in einen negativen und einen positiven Teil zerfallen; einen negativen Teil der dieses ganze Unheil, mit dem wir es jetzt zu tun haben, mit einer entschlossenen Bewegung beiseite wirft, indem er die **jetzigen Bebauungspläne und Bauordnungen kassiert** und einen positiven, in dem unter

weitgehender **Mitwirkung der Bevölkerung**, vertreten durch ihre sachverständigen Vereine usw. und vor allem auch unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltungen, positive **Bebauungsbestimmungen erlassen werden.**“

Dr. von Mangoldt Vorsitzender des Ansiedlungsvereins Groß-Berlin auf dem 2. Berliner Waldschutztage **1909**, In: Berliner Centralausschuss f.d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 26.

### **Erbbaupacht**

„Es ist, soweit es sich um Waldüberlassung an Kommunen handelt, auch sehr zu billigen, dass der Staat bei solchen Gelegenheiten bisher in der Regel einen festen – wenn auch zu hohen- Einheitspreis zugrunde gelegt hat. Bei Verkäufen an Terraingesellschaften und dergleichen sollte dagegen stets der höchste erzielbare Preis genommen werden. Jedes andere Verfahren wäre nur ein Verschenken öffentlicher Werte in private Taschen und geeignet, das Tempo der Waldverwüstung zu überstürzen. Sehr begrüßen würden wir es aber, wenn der Staat - soweit Waldverkäufe einstweilen nicht ganz zu verhindern sind- grundsätzlich den gewerbsmäßigen Terrainhandel überhaupt ausschaltete, direkt an die baulustigen Privaten heranträte und an sie die Parzellen in Form des **Erbbaupachtrechts** abgäbe. Dann könnten die Waldverkäufe nie dem Bedürfnis vorseilen, unliebsame Begleiterscheinungen wären vermieden und die losgegebenen Stücke fielen später wieder in die Hand des Staates, der Allgemeinheit zurück“..

Dr. Erich Neuhaus vom Bund der Bodenreformer auf dem 2. Berliner Waldschutztage **1909**, In: Berliner Centralausschuss f.d. Wald- und Ansiedlungsfrage 1909: Der Kampf um unsere Wälder, S. 29.

### **Bürgerschaftliches Engagement:**

„An alle Waldfreunde aber ergeht die dringende Bitte, diesen ganzen Kampf nicht nur mit schließlich doch **tatenloser Sympathie** zu begleiten, sondern vielmehr tatkräftig zu unterstützen. Die Kraft und Wucht jeder Bewegung ist schließlich doch in hohem Grade davon abhängig , wie viel Leute regelmäßig für die Ziele dieser Bewegung ein Zwei-, Drei- oder Fünfmarkstück übrig haben, und weiter, wie viele bereit sind, eventuell auch ein wenig **Zeit und Mühe zu opfern**. Darum heißt es, sich als Mitglied an die Vereinigungen und Körperschaften anschließen, welche in diesem Kampf vornean stehen!

Der Kampf um unsere Wälder 1909, S. 41.